

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Hindenburg beauftragt Hitler

Regierungskuhhandel in vollem Gange

Die endgültige Lösung der Regierungskrise ist zur Stunde, am Montagmittag, noch nicht deutlich sichtbar. Immerhin läßt sich nach den Informationen, die aus den durchweg vertraulichen Besprechungen durchgeschickert sind, sagen, daß die Bemühungen um Bildung eines Kabinetts der sogenannten nationalen Konzentration (von den Nazis bis zum Zentrum)

bisher nicht ganz erfolglos gewesen sind.

Einerseits sind die in den letzten Monaten verschärften Gegensätze zwischen Hindenburg und Hitler offensichtlich in den Hintergrund getreten. In den Kreisen um Hindenburg scheint, wahrscheinlich unter dem Einfluß Schleichers die Neigung zur Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten in einer Regierung stärker geworden zu sein, und auch Hitler hat seine frühere Taktik durch eine elastischere ersetzt. Für diese Entwicklung ist unter anderem die Meldung bemerkenswert, daß Hitler auf Wunsch Hindenburgs bereits heute zu einem neuen Empfang im Reichspräsidenten-Palais erscheinen werde.

Andererseits sind, in Ergänzung dieser Bemühungen,

die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in Gang gekommen.

Diese Verhandlungen, die von Kaas und Goering geführt werden, scheinen zu einer vorläufigen Verständigung der beiden Parteien über die Regierungsbildung im Reich und in Preußen geführt zu haben. Bemerkenswert ist, daß auch die Deutsche Volkspartei und die Christlich-Sozialen bereit sind, an einer solchen Kabinettsbildung teilzunehmen. Dadurch würde dieses Kabinetts eine parlamentarische Mehrheit auch für den Fall erhalten, daß die Deutschnationalen weiter wie bisher einer solchen Kombination gegenüber ablehnend bleiben. Wahrscheinlicher ist aber, daß unter diesen Umständen auch die Deutschnationalen schließlich doch noch versuchen werden, sich in diese Kombination mit einzuschalten.

Für die Arbeiterschaft ist es ganz klar, daß ein solches Kabinetts die höchste Gefährdung der letzten politischen Kampfmöglichkeiten und der noch verbliebenen Lebensrechte des Proletariats darstellen würde.

Die Gefahr bleibt riesengroß — gleichgültig, ob der Reichskanzler, der in den nächsten Tagen ernannt werden wird, Hitler, Strasser oder Kaas heißt.

Auftrag an Hitler!

Nach Redaktionsschluß erhalten wir folgende amtliche Mitteilung:

„Nachdem der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei dem Herrn Reichspräsidenten mit aller Bestimmtheit erklärt hat, daß seine Partei nur in einer von ihm geführten Regierung mitarbeiten könne, hat der Herr Reichspräsident Herrn Hitler als den Führer der stärksten Partei des Reichstages ersucht, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere,

arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag finden würde. Herr Hitler erklärt, seine Antwort auf dieses Ersuchen dem Herrn Reichspräsidenten heute nachmittags schriftlich zu übermitteln.

Papen durch Schleicher gestürzt

Der „Montag-Morgen“ berichtet aus Kreisen, die der bisherigen Regierung nahestehen, interessante Einzelheiten über die Entstehungsgeschichte des Regierungsrücktritts. Danach soll die Wendung in der entscheidenden Kabinetts-Sitzung durch Reichswehrminister v. Schleicher herbeigeführt worden sein. Schleicher, der bekanntlich auch den Rücktritt Groeners und dann Brünnings seinerzeit herbeigeführt hat, stützte sich wiederum auf die Auffassung der Reichswehr. Seine und der Reichswehr Meinung sei, daß es ohne Heranziehung der Nationalsozialisten nicht mehr gehe. Schleicher soll diese Auffassung hauptsächlich deshalb vertreten, weil er von dem Gedanken ausgeht, daß die Reichswehr im Kampf gegen eine ernstere Volksbewegung, wie sie aus Wirtschaftsnot und Hunger entstehen könnte, Führung brauche mit großen Parteien, hinter denen breite

Bevölkerungsschichten stehen. Aus diesem Grunde forderte Schleicher den Rücktritt des Kabinetts. Um seinem Verlangen die entsprechende Wirkung zu verschaffen, ging er zusammen mit Papen zu der entscheidenden Besprechung beim Reichspräsidenten, während es bisher üblich war, daß ein zurücktretender Reichskanzler allein dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch überbrachte. Schleicher wird dadurch dazu beigetragen haben, daß Hindenburg sofort den Rücktritt akzeptierte.

Diese Mitteilungen sind recht interessant, weil sie gut die Absichten kennzeichnen, die in den heute ausschlaggebenden Kreisen der Reichswehr vertreten werden. Schleichers Politik läuft also darauf hinaus,

die Nationalsozialisten zu jederzeit willfähigen Bundesgenossen der Reichswehr im Kampf gegen das Proletariat zu haben.

Daraus ergibt sich zugleich, daß Schleicher die Reichswehr allein nicht für unbedingt ausreichend hält eine umfassende revolutionäre Bewegung niederzuschlagen. Für die Arbeiterschaft ergibt sich daraus insbesondere die Schlussfolgerung, den Kampf gegen die Nationalsozialisten, die eine der wichtigsten Stützen einer Diktator-Regierung sind, mit verstärkter Kraft zu führen und sich nicht etwa durch den Stimmenverlust der Nazis über die weiter bestehende Gefahr hinwegzutäuschen.

Streik in den Adlerwerken

Frankfurt a. M., 20. Nov. (Eig. Bericht.)

Die Belegschaft der Adlerwerke hat in einer Urabstimmung mit mehr als $\frac{3}{4}$ -Mehrheit den Streik beschlossen.

Die Adlerwerke, die Fahrräder, Automobile und Schreibmaschinen fabrizieren, sind der größte Betrieb in Frankfurt a. M. Anfang November 1932 stellte die Direktion das Verlangen an die Arbeiterschaft auf einen größeren Lohnabzug. Nach ergebnislosen Verhandlungen hat der Schlichter für den Bezirk Hessen, Hessen-Nassau auf Grund der Notverordnung eine Entscheidung verkündet, die die Löhne ab 14. November um 11–12% kürzt.

Diese diktatorische Lohnabbauverkündung des Schlichters erfolgt wohl mit Bezug auf die Bestimmung der Notverordnung vom 5. September, wonach der Schlichter in „gefährdeten“ Betrieben Lohnkürzungen bis zu 20% „verfügen“ kann.

Die Belegschaft der Adlerwerke beschloß aber in einer Betriebsversammlung fast einstimmig, das Lohndiktat abzulehnen, und in der darauffolgenden Urabstimmung wurde mit $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der Streik beschlossen. Dieser Versuch des Lohnabbaus durch die Papensche Notverordnung ist so unerhört, daß sie für 50% der Belegschaft eine Kürzung von 12 Pfg pro Stunde bedeutet.

Demonstration gegen Herriot

Paris, 20. November.

WTB. Auf der Eisenbahnstrecke Paris-Nantes wurde heute früh gegen 5 Uhr bei Angers festgestellt, daß die Schienen in einer Länge von zwei Metern aufgerissen waren. Der Zug, mit dem Ministerpräsident Herriot nach Nantes reiste, sollte einige Minuten später diese Stelle passieren, konnte aber rechtzeitig zum Stehen gebracht werden. Mit 50 Minuten Verspätung konnte der Zug ohne Unfall seine Reise fortsetzen.

Paris, 20. November.

WTB. Die im Laufe des Nachmittags und Abends im Innenministerium eingetroffenen

offiziellen Auskünfte über den Anschlag auf die Eisenbahnstrecke Paris-Nantes bestätigen lediglich die bereits bekannten Tatsachen, d. h., daß das Gleis durch zwei Sprengkörper aufgerissen worden ist. Es wird jedoch immer wahrscheinlicher, daß die Urheber weniger ein Attentat gegen den Zug des Ministerpräsidenten verüben als eine Demonstration veranstalten wollten. Man glaubt, daß es sich um bretonische Autonomisten handelt, die gegen die Feiern zur Erinnerung der Vereinigung der Bretagne mit Frankreich zu protestieren gedachten. — Wäre wirklich ein Attentat gegen den Ministerpräsidenten geplant gewesen, dann hätten die Täter sicher zwei rotbrennende Laternen, die als Haltesignale für jeden Zugführer dienen mußten, nicht auf dem Bahnkörper gelassen.

Arbeiterschaft, Reformismus und Arbeitsdienst

R. H. Die von den Leitungen aller unter sozialdemokratischer Führung stehenden Massenorganisationen ins Leben gerufene „Reichsarbeitsgemeinschaft Sozialer Dienst“ spielt heute im FAD eine bedeutende Rolle, allerdings nur insoweit, als es sich darum handelt, den FAD in der Arbeiterschaft „populär“ zu machen und ihm Arbeitermassen zuzuführen. Da ist es von höchstem Interesse, wie einer der eifrigsten Befürworter des „Sozialen Dienstes“, der „Sozialist“ Dr. Waller Pahl, in einem vor kurzen im „Berliner Tageblatt“ erschienenen Artikel „Arbeiterschaft und Arbeitsdienst“ dazu Stellung nimmt und dabei ungewollt den sozialreaktionären Charakter des „Sozialen Dienstes“ enthüllt.

„Arbeiterschaft und Arbeitsdienst“ „Der Soziale Dienst vereinigt den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, den Allgemeinen freien Angestelltenbund, den Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, den Verband der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die Zentralkommission für Arbeitssport und Körperpflege in einer Arbeitsgemeinschaft“ „Die Förderung und Durchführung aller Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend ist Aufgabe des „Sozialen Dienstes“. Zu diesen Maßnahmen wird der FAD gerechnet. Die Begründung, mit der eine Spitzenorganisation aller reformistischen Apparate den FAD unterstützt, ist kennzeichnend für die „sozialistische Einsicht“ dieser Krise:

„Da wir auf längere Sicht nicht damit rechnen können, allen Jugendlichen wieder ausreichende Erwerbsmöglichkeiten zu eröffnen, gilt es, den jungen Erwerbslosen außerhalb des regulären Arbeitsprozesses ein Betätigungsfeld in Arbeit und Schulung zu geben, um den Zerfall ihrer Arbeits- und Lebenskraft zu verhüten.“

Die Bemühungen des „Sozialen Dienstes“ gelten also nicht dem Kampf gegen das kapitalistische System, sondern bloß der Erleichterung einiger seiner übelsten Folgen. Dabei setzt die reformistische Spitzenorganisation das dauernde Weiterbestehen des Kapitalismus als selbstverständlich voraus.

Die Einstellung des „Sozialen Dienstes“ wäre zwar nicht zu billigen, aber wenigstens menschlich zu begreifen, wenn sie wenigstens konsequent reformistisch wäre. In Wirklichkeit kann aber nicht einmal Dr. Pahl die großen Gefahren des FAD für die Arbeiterschaft abstreiten.

„Die Arbeiten, die im Rahmen des FAD zu leisten sind, sollen gemeinnützlich und zusätzlich sein. Es darf sich nur um Arbeiten handeln, die ohne den Einsatz des FAD unterbleiben müßten. Die Praxis bestätigt immer wieder, daß der Begriff der Zusätzlichkeit in vielen Fällen außerordentlich weit ausgelegt wird.“

Was tut der „Soziale Dienst“ dagegen?

„Die Organisationen des Sozialen Dienstes sehen es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, den lohnpolitischen Mißbrauch des FAD zu verhindern. Im übrigen gilt die Arbeit des Sozialen Dienstes vor allem der Sicherung der sozialpädagogischen Aufgaben des FAD.“ Hier wird also nicht einmal die These von der sozialistischen Eroberung der Arbeitssphäre konsequent vertreten. Hauptaufgabe der reformistischen Arbeitsdienstler scheint nach dieser Äußerung nicht der Kampf gegen die Heranziehung der Arbeitsdienstler zu Lohnrückern und Streikbrechern zu sein, sondern die „Sicherung der sozialpädagogischen Aufgaben des FAD“. Das beweist der einleitende Satz des zitierten Artikels:

„Das quantitative Wachstum des FAD in den letzten Monaten hat die Auffassung der Gewerkschaften, daß der FAD in ökonomischer Hinsicht außerordentlich problematisch ist, nicht widerlegt. Diese wirtschaftlichen Bedenken haben die sozialistische Arbeiterbewegung (gemeint sind die reformistischen

Spitzenorganisationen (D. Red.) nicht abgehalten, den IAD um seine sozialpädagogischen Wirkungsrichtungen zu befragen. Was sind das für „sozialpädagogische Wirkungsrichtungen“? Wir haben oft Kritik an dem IAD, daß er die Erziehung zu „Volksgemeinschaft“ ist, d. h. Erziehung zum Klassenkampf. Jedem Klassenbewußten Arbeiter muß die Tatsache zu denken geben, daß der IAD eine Einheitsfront faschistischer und halbfaschistischer bürgerlicher Schulen ist. Auf den Einwand, daß auch im Reichland Arbeitspflicht herrscht, ist zu sagen, daß es sich erstens um Arbeitspflicht in einem sozialistischen Staat handelt, d. h. im Interesse der Arbeitenden selbst, und daß es zweitens zwar eine Arbeitspflicht, aber keine Arbeitsdienstpflicht ist. Im Arbeitsdienst aber im bürgerlichen Staat ist ein Instrument der herrschenden Klasse. Daß den Bürokraten des „Sozialen Dienstes“ diese Tatsache nicht bewußt wird, ist ein Zeichen, wie wenig proletarischen Klasseninstinkt diese „Lührerfiguren“ noch besitzen.

Dabei ist z. B. dem Dr. Waller Dahl die Gefahr der militaristischen Versenkung der Arbeitsschichten durchaus bekannt, aber wie will er dieser Gefahr begegnen?

Der Reichskommissar hat vor allem Anlaß, dafür zu sorgen, daß der Arbeitsdienst nicht zu militarischen Zwecken mißbraucht wird.

Man muß diesen Satz im Zusammenhang mit dem vorher Gesagten betrachten. Zuerst erwidert Dr. Dahl (zweifellos im Einverständnis mit allen reformistischen Spitzenorganisationen) die Beteiligung proletarischer Organisationen mit dem Bestreben den IAD mit ihren sozialpädagogischen Zielen zu durchdringen. Jetzt gibt er zu, daß mit größerer Wahrscheinlichkeit das gegenläufige Erziehungsziel erreicht wird, und wenn nicht er zum Kämpfer gegen die nationalfaschistische Versenkung auf. Den ADGB? Nein, den Reichskommissar! Wozu befehlet sich denn noch die Arbeiterschaft am IAD, wenn sie den Reichskommissar als Garant ihres Erziehungszieles ansieht und umgekehrt die unbestrittene Gefahr besteht, daß ihre eigenen Anhänger der militaristischen Ideologie verfallen? Offenbar weiß das der „Soziale Dienst“ auch nicht. Die einzig mögliche Erklärung ist die Tendenz, reformistische Ideologien zu stärken.

Hier zeigt es sich wieder einmal, daß der Reformismus den Arbeiterinteressen niemals nützen kann.

Gegenüber den Forderungen reformistischer Büros stellt das Klassenbewußte Proletariat dem ADGB gegenüber folgende Forderungen auf:

Scharfster Kampf gegen den bürgerlichen IAD, keine Tolerierung dieses bürgerlichen Klasseninstrumentes; stattdessen zur Forderung der Lage der Jugend und der Arbeitslosen Kampf mit allen gewerkschaftlichen Mitteln um Wiederherstellung der vollen Unterstützungssätze.

Soweit sich die Erziehung von Arbeitsschichten nicht verhindern läßt, und Klassenbewußte Proletariat mit den wirtschaftlichen Druckmitteln der Reichsanstalt und der Wohlfahrtsämter in diese Lager gezwungen werden, müssen sie sich zusammenschließen und die Unterstellung dieser Arbeiter unter das Kontrollrecht der Arbeiterorganisationen fordern, und gegenüber den Phrasen des „Sozialen Dienstes“ von der „sozialpädagogischen Aufgabe“ des IAD müssen sie die konkrete Parole aufstellen: Freizeiteinstellung in den Arbeitsschlagern durch kollektive Selbstverwaltungsorgane der Arbeitsschichten. Das Kampfmittel, das den Arbeitsschlagern in die Hand gegeben ist, zeigen die verschiedenen Arbeitsdienststreiks, von denen die bürgerliche Presse in der letzten Zeit berichtet mußte. Das „Sozialpädagogische Ziel“, das die Arbeiterklasse sich zu stellen hat, nämlich Erziehung zum Klassenkampf, muß nicht in reformistischen Arbeitsdienstlagern erreicht, noch viel weniger dadurch, daß der „Soziale Dienst“ — wie Dr. Dahl erzählt —

„den Gemeinden, Jugendämtern usw. junge Erwerbslose aus seinen Reihen zur Beschäftigung im IAD vermittelt.“

Ihr Erziehungsziel und ihr wirtschaftliches Kampfmittel erreicht die Arbeiterklasse nur durch Stärkung ihres Klassenbewußtseins, durch Fernhalten von allen bürgerlichen Experimenten und durch ihren revolutionären Befreiungskampf, zu dem die SA? sie mit konkreten Kampflosungen führen will.

Polizei schießt auf Arbeiter

Köln, 20. November.

WTB. Nach Eintritt der Dunkelheit versuchten Kommunisten, in verschiedenen Stadtteilen überraschend und gleichzeitig Kundgebungen zu veranstalten. Die Polizei griff sofort ein und trieb die Demonstranten auseinander. In Ehrenfeld wurde ein Beamter tödlich angegriffen (D. Red.); man versuchte, ihm die Pistole zu entreißen. Der Beamte machte darauf von seiner Schusswaffe Gebrauch und verletzte drei Personen.

Kleine Nachrichten

WTB. Rom, 20. November.

Dr. Schacht wurde von Mussolini empfangen.

Gegen das Chemnitzer Todesurteil!

Wie wir bereits kurz meldeten, hat das Chemnitzer Schwurgericht den kommunistischen Arbeiter Bartel wegen Beteiligung an einer Schießerei in einem Café zum Tode verurteilt. Dieses Urteil ist angesichts des ihm zugrunde liegenden Tatbestandes ganz besonders empörend.

In einem hauptsächlich von Nationalsozialisten besuchten Café war es zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und dem Kommunisten Bartel sowie einem unbekannt gebliebenen Begleiter gekommen. Bei diesem Streit zogen Bartel und sein Begleiter ihre Revolver.

Bartel konnte jedoch, wie auch das Gericht feststellen mußte, nicht schießen, weil sein Revolver eine Ladehemmung hatte.

Durch einen Schuß, der wahrscheinlich von Bartels Begleiter abgegeben wurde, wurde ein Nationalsozialist getötet. Das Gericht verurteilte nun Bartel wegen „Mittäterschaft bei einem planmäßigen Mordanschlag“ zum Tode, hauptsächlich, weil er angeblich seinem Begleiter ein Kommando „Fertigmachen“ gegeben haben soll!

Ein Todesurteil wegen einer so gearteten „Mittäterschaft“ an einem „planmäßigen Mordanschlag“, der tatsächlich nur als Totschlag gewertet werden kann, ist ein ein-

zigdastehende Ungehauerlichkeit. Es ist bemerkenswert, daß sogar der „Vorwärts“ sich in sehr scharfer Form gegen dieses unhaltbare Urteil wendet und erklärt, seine Vollstreckung müsse unter allen Umständen verhindert werden. Bei der Rechtslage ist die erste Forderung, die man stellen muß, sofortige Begnadigung, damit die Möglichkeit einer ordnungsgemäßen Nachprüfung dieses Urteils überhaupt gegeben ist.

Der Betriebsrat der Firma Bielschowsky, Leinhaus Breslau, hat an das sächsische Justizministerium telegraphiert: „Fordern mit entschiedenem Protest Aufhebung Todesurteil Bartel.“

14 Kommunisten verurteilt

Eichstätt (Mittelfranken), 20. November CNB. Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts hatten sich vierzehn Kommunisten wegen Landfriedensbruchs zu verantworten. Die Kommunisten wurden zu Gefängnisstrafen von vier Monaten bis zu zwei Jahren verurteilt und sämtlich in Haft behalten.

Die Lawine des Städtebankrotts

Regierung diktiert Abbau der Wohlfahrtsunterstützung

(Eigener Bericht)

Dortmund, 20. November.

Den Bankrotterklärungen der 14 Ruhrgebietsgrößtstädte, von denen wir berichteten, reißen sich die Städte des Ennepe-Ruhrkreises an. Es sind Städte mit namentlich Schwer- und Kleinindustrie, wie Gevelsberg, Hattingen, Milspe, Vörde, Wetter, Herdecke, Schwelm u. a. Die Unterstützungsempfänger in diesem Kreise haben seit Ostern um 29,6% zugenommen, mit einem Wohlfahrtsunterstützungssatz, der über dem der Städte des Ruhrgebiets liegt.

Ein Drittel der Bevölkerung ist seit Jahren arbeitslos.

Ein weiteres Drittel erreicht das Existenzminimum nicht mehr. Zu den Unterstützungsempfängern gehören eine ganze Anzahl Kleinindustriefabrikanten. Die Zahlungsunfähigkeit erleuchtet besonders die Tatsache, daß die Kaufleute sich weigern, Wohlfahrtsgutscheine noch in Zahlung zu nehmen. Die Gesamtschuld des Kreises ist auf die Höhe von 12 Millionen Mark angewachsen. Allein von April bis November d. J. weisen die Kassen eine Steigerung des Fehlbetrages um 16,4% auf.

Gehälter können nicht mehr gezahlt werden, kleinste Rechnungen nicht mehr beglichen werden.

Die Notrufe an die Regierung blieben erfolglos, sie mühte zwar die Erfolglosigkeit der Entscheidung eines Kommissars zur Einziehung der Steuern einsehen. Aber sie tat indes etwas anderes. Sie diktierte die Herabsetzung der Wohlfahrtsleistungen, danach werden vom 1. Dezember ab in der Ortsklasse A statt 57 Mk. nur noch 55 Mk., in der allgemeinen Fürsorge

sogar nur noch 49,50 Mk. gezahlt. Weiter sind durch Einstufung in andere Ortsklassen bei vielen Gemeinden erhebliche Herabsetzungen erfolgt. Ebenfalls hat die Regierung zwangsweise die Einschränkung des Kindergeldes und der Sachleistungen verfügt. Einen bisher gezahlten Arbeitslosenzuschlag gibt es nicht mehr. Die Einschränkung der Sachleistungen ist um so verheerender, da heute schon die Kinder in Ermangelung ungenügender Kleidung nicht mehr die Schule besuchen können. Ein Rieseneisfeld beginnt sich in den Industriezentren zu verbreiten. Die Herrschaftsklasse aber weiß keine andere Rettung für sich, als das Elend noch durch Zwangsmaßnahmen zu verschärfen. Herrliche Aussichten für den Winter. Nur der vereinte Vorstoß der Arbeiterschaft wird daran etwas ändern.

Licht- und Gasstreik

(Eigene Meldung)

Solingen, 20. November.

Hier ist ein Lichtstreik ausgebrochen, der zunächst in dem Ortsteil Höscheid-Widdert größeren Umfang angenommen hat. Dort sind allein auf einer Straße 178 Familien in den Gas- und Stromboykott getreten. Es wird mit Petroleum geleuchtet. Anlaß des Lichtstreiks ist die Ablehnung eines Antrags für Winterhilfe durch den Stadtrat, den die kommunistische Fraktion eingebracht hatte.

Dieser „Streik“ wird voraussichtlich wenig Erfolg haben und Magistrat wie Regierung kalt lassen. Aber dieser Streik zeigt, wie furchtbar die Not der Bevölkerung ist, daß sie auf derartige Kampfmethoden verfällt.

O weh — eine gute Ernte!

Hunger bei vollen Scheunen

Berlin, 20. November.

WTB. Auf Grund der abschließenden Novembermeldungen der amtlichen Berichtserläuter über die Ernteergebnisse sind vom Statistischen Reichsamt folgende Gesamterntemengen für das Jahr 1932 festgestellt worden: Winterroggen 8 271 000 Tonnen, Sommerroggen 93 000 Tonnen, Winterweizen 4 356 000 Tonnen, Sommerweizen 647 000 Tonnen, Spelz 155 000 Tonnen, Wintergerste 624 000 Tonnen, Sommergerste 2 590 000 Tonnen, Hafer 6 650 000 Tonnen.

Im Vergleich mit den endgültigen Ergebnissen des Vorjahres (1931) ist nach diesen Schätzungen die diesjährige Ernte bei allen Getreidearten erheblich größer ausgefallen. Sie übertrifft bei Roggen die vorjährigen Erträge um 25%, bei Weizen um 18%, bei Sommergerste um 3%, bei Wintergerste um 23% und bei Hafer um 7%.

Diese Meldung sollte normalerweise die große Masse der heute hungerleidenden Menschheit erfreuen. Aber die Verriektheit der kapitalistischen Welt bringt es mit sich, daß diese Meldung Schrecken und neue Sorgen bei den Hungernden auslösen muß. Denn die Folge der guten Ernte wird sein, daß die Getreidepreise erneut erhöht, die Einfuhr vom Ausland fast gänzlich unterbunden und damit der Getreide- und Brotpreis weiter in die Höhe geschraubt wird. Es trifft

im wörtlichen Sinne des Wortes ein, was ein frecher Junker vor Jahren in die Worte kleidete: „Hunger bei vollen Scheunen“.

Es gibt nichts, das so wie diese Tatsache den ganzen volksfeindlichen Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft demonstriert. Darum hämmert es in jedes Proletarierohr, in die Hirne der Millionen Hungernden ein: Nur der Massenkampf zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft kann Rettung bringen, nur in einer sozialistischen Wirtschaft können sich die Menschen wieder über den Erntesegen freuen.

Nazi-Regierung dekretiert Schlachtsteuer

WTB. Das Braunschweigische Staatsministerium hat, wie verlautet, beschlossen, durch Notverordnung zum 1. Dezember 1932 im Freistaat Braunschweig die Schlachtsteuer einzuführen.

Internationaler Gewerkschaftskongreß

30. Juli bis 3. August 1933

Der IGB-Vorstand beschloß in seiner Sitzung vom 17. und 18. November in Berlin, den nächsten Internationalen Gewerkschaftskongreß vom 30. Juli bis 3. August 1933 in Brüssel abzuhalten. Eine vorbereitende IGB-Vorstandssitzung soll im April nächsten Jahres stattfinden.

Regierung Braun „stellt fest“

Berlin, 20. November.

VDZ. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, beschäftigte sich die preußische Staatsregierung Braun in einer Kabinettsitzung mit der bekanntgegebenen neuen Notverordnung über die Regelung der Auswirkung des Leipziger Urteils auf die Beziehungen zwischen kommissarischer und Staatsregierung in Preußen. Ueber das Ergebnis der Kabinettsitzung wird dem Nachrichtenbüro folgende offizielle Darstellung aus Kreisen der Regierung Braun gegeben:

„Die preußische Staatsregierung stellte in ihrer heutigen Staatsministerialsitzung einstimmig fest, daß die gestern auf Antrag der Reichsregierung erlassene Verordnung auf Grund von Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung dem Wortlaut und Geist der Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht entspricht. Ministerpräsident Braun wird in der ersten Vollversammlung des Landtags am Donnerstag, dem 24. November, zu der dadurch geschaffenen Sachlage Stellung nehmen.“

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit

Berlin, 20. November.

CNB. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der kommissarische Preussische Minister des Innern in einem Rundschreiben mit Rücksicht auf die Unzulänglichkeiten, die sich in den letzten Monaten verschiedentlich ergeben haben, allen Beamten des Vollzugsdienstes der staatlichen und der kommunalen Polizei verboten, Uniformen einer politischen Partei oder eines politischen Verbandes zu tragen.

Zuchthausstrafen im Altonaer Sprengstoff-Prozeß

Altona, 21. November.

WTB. Nach mehrstündiger Verhandlung fällt heute das Sondergericht seine Entscheidung in dem Prozeß gegen die wegen der schleswig-holsteinischen Handgranatenanschläge angeklagten Nationalsozialisten. Der Hauptangeklagte, Standartenführer und Mitglied des Reichstages Moder, wurde zu sechseinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, der Angeklagte Grezesch zu sechs Jahren Zuchthaus, Strahlmann zu fünf Jahren und Plach zu fünf Jahren Zuchthaus. Acht Angeklagte erhielten je eineinhalb Jahre Zuchthaus. Zehn Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von ein bis neun Monaten, elf Angeklagte wurden freigesprochen.

Der Terror in Polen Die Ukrainer-Verfolgung

Lemberg, 20. November.

CN. Die Zahl der politischen Prozesse gegen Angehörige der ukrainischen Minderheit steigt von Monat zu Monat. Nach einer Aufstellung des ukrainischen Sejm-Abgeordneten Dr. Lewitzkij haben in den Jahren 1931/32 in Ostgalizien 77 Prozesse gegen Ukrainer mit 584 Angeklagten stattgefunden. Dabei sind nicht eingerechnet die zahlreichen Prozesse gegen kommunistisch gesinnte Ukrainer. In den genannten Prozessen wurden 253 Angeklagte zu insgesamt 506 Jahren Gefängnis verurteilt, drei zu lebenslangem Zuchthaus und sieben zum Tode. Außerdem haben 15 politische Prozesse gegen ukrainische Abgeordnete stattgefunden, in denen 13 Abgeordnete zu insgesamt 14 Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

„Pressefreiheit“ in Polen

Lodz, 20. November.

ON. In Lodz sind sämtliche neun Zeitungen zu gleicher Zeit beschlagnahmt worden, weil sie einen Prozeßbericht über eine Verhandlung gegen Kommunisten gebracht haben. Von der Beschlagnahme wurden sowohl die deutschen, wie auch die jüdischen und polnischen Zeitungen betroffen.

Polnischer Spionage-Prozeß

Gdingen, 20. November.

ON. Der 35jährige Pedell der Volksschule, Jan Muczowski, wurde wegen Spionage zum Tode verurteilt. Die der Mittäterschaft angeklagte Janina Powierska wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Staatspräsident hat die Todesstrafe für M. auf dem Gnadenwege in 15 Jahre Gefängnis umgewandelt.

Massenverhaftung österreichischer Kommunisten

In Oberösterreich hatten die Kommunisten für diesen Sonntag einen Hungermarsch nach der Hauptstadt Linz geplant, der aber von den Behörden verboten wurde. Die Teilnehmer, die in Gruppen bis zu 100 Personen nach Linz marschierten, wurden zur Umkehr veranlaßt. Trotz dieser Maßnahme waren zahlreiche auswärtige Elemente nach Linz gelangt und versuchten dort Unruhe zu stiften und Demonstrationen zu veranstalten. Die Polizei schritt sofort ein und stellte die Ruhe wieder her. Insgesamt wurden 87 Personen festgenommen.

An alle Parteigenossen!

Für Sonntag, den 27. November wird ein allgemeiner Landtagungs-Sonntag angesetzt. Alle sonstigen Veranstaltungen werden für diesen Sonntag abgesetzt.

„Fürsorge“-Erziehung

Inkrafttreten der neuen Bestimmungen über die Fürsorgeerziehung erst zum 31. März 1933

Die Fürsorgeerziehungsbehörde Niederschlesien uns mittelt, wird die kürzlich in der Presse besprochene Reichsnotverordnung über Jugendwohlfahrt, die einschneidende Änderungen hinsichtlich der Durchführung der Fürsorgeerziehung brachte, sicherem Vernehmen nach in diesen Tagen durch eine Verordnung ergänzt werden, nach der die Bestimmungen über die Entlassung der 19-jährigen erst zum 31. März 1933 in Kraft tritt.

Eine Verlängerung der Fürsorgeerziehung über das 19. Lebensjahr hinaus kann vom Vormundschaftsgericht in besonderen Fällen auf Antrag der Fürsorgeerziehungsbehörde beschlossen werden.

Wir haben in die „Fürsorge“erziehung bisher aus nur allzu guten Gründen immer bekämpft. Was jetzt aber gemacht wird, übersteigt die schlimmsten Erwartungen, die man an einen bürgerlichen Staat, der vor dem Zusammenbruch steht, stellen kann.

Deutsche hungert deutsch

Görlitz, 20. November. Das Wolfbüro plaudert: Wie in allen großen und mittleren Städten findet auch in Görlitz vom 19. November bis 1. Dezember eine „Deutsche Woche“ statt, zu deren Eröffnung am Sonnabend im großen Saale der Stadthalle vor einem zahlreichen geladenen Publikum eine schlichte (Ach nee!) Feier abgehalten wurde.

„Deutsch ... deutsch ... deutsch!“ Es wird einem ganz schwummrig dabei. Immer nur feste ankurbeln und wenns mit einer deutschen Woche ist. „Autarkie ist alles, Hunger aber Schall und Rauch“, wäre man versucht, frei nach dem Dichter zu zitieren.

Aber seid ruhig, der Arbeitslose hungert doppelt so freudig, wenn er deutsche Kartoffeln mampfen und deutsche Margarine riechen kann.

Flucht aus dem Leben

Breslau. Am 18. November verübte die 32jährige Ehefrau Hedwig H. in ihrer Wohnung Auguststraße Selbstmord durch Gasvergiftung. Das Motiv ist angeblich in Familienzwistigkeiten zu suchen.

Am Freitag nachmittag war eine bisher unbekannt Frau im Alter von 35 bis 40 Jahren an der Liebichhöhe in den Stadtgraben gesprungen. Die Lebensmüde wurde von der Feuerwehr geborgen und nach dem Krankenhaus gebracht, wo der Arzt jedoch nur den bereits eingetretenen Tod feststellen konnte.

Sonnabend nachmittag erschoss sich in Breslau der technische Beamte Alfons Thomalle aus Gleiwitz mit einer Pistole. Ueber die Beweggründe zur Tat ist noch nichts bekannt geworden.

Aus Furcht vor dem Gefängnis

Kreuzburg. In dem vor einigen Wochen vor der Großen Strafkammer in Kreuzburg stattgefundenen Borschdorfer Prozeß hatte sich u. a. auch der Inspektor Welcker aus Baumgarten zu verantworten. Welcker wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt und sollte dieser Tage nun seine Strafe antreten. Aus Furcht vor dem Gefängnis machte Welcker seinem Leben durch einen Herzschuß ein Ende.

Hunger, Krankheit und Wirtschaftselend

Schulschließung wegen Diphtherieerkrankung

Grottkau, 20. November. „Die Schule in Friedewalde ist wegen schwerer Diphtherieerkrankungen unter den Schulkindern für vorläufig 2 Wochen geschlossen worden.“

Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ wundern sich darüber, daß im letzten Jahr des großen Elends Epidemien auftraten:

„1932 ist das Jahr der Kinder epidemien. Hatte der März unter der Breslauer Schuljugend Messenerkrankungen an Grippe in einem derart großen Umfange gebracht, daß die überwiegende Zahl von Volksschulsystemen auf kürzere oder längere Zeit geschlossen werden mußten, so klopfte vor den Herbstferien ein ungleich seltener aber umso unheimlicherer Gast an die Türen der Familien, die spinale Kinderlähmung.“

Wieder nun werden zahlreiche Eltern mit banger Sorge um das körperliche Wohl ihrer Kleinen erfüllt. Die Diphtherie hat ihren Einzug gehalten.

Die ständig zunehmende Zahl der Erkrankungen beweist, daß es sich nicht um bloße Einzelfälle handelt, die in der rauhen Uebergangszeit immer wieder in Erscheinung treten werden. Seit zwei Wochen beginnt die Kurve des Durchschnittsmaßes zu überschreiten. Zu einer Beunruhigung der Elternkreise liegt aber zur Stunde kaum Veranlassung vor.“

So weit wörtlich die „B. N. N.“ Warum diese Epidemien auftreten, das verschweigt man wohlweislich. Man könnte sein kleinbürgerliches Lesepublikum erschrecken.

Unterernährte Kinderkörper können eben den Krankheitskeimen keinen Widerstand entgegenzusetzen. Das ist der Grund des Auftretens der Epidemien.

Gleichzeitig ist hier der Beweis erbracht, wie weit die Unterernährung des deutschen

proletarischen Volkskörpers überhaupt bereits fortgeschritten ist.

Die „B. N. N.“ geben dann kleine Ratsschläge in der Art, wie man sie in den Reklamezeitungen der Drogenhandlungen findet, die allzusehr nach „Pflasterkuren“ aussehen und bringen stolz, was die schulärztliche Behörde bisher verordnet und getan. Es heißt dort:

„Schulärzte, Schulschwestern, Lehrerschaft und Gesundheitsamt sind auf der Hut und veranlassen nach Feststellung der Diagnose sofortige Schließung und alsbaldige Desinfektion der Klassenzimmer, wie auch krankheitsverdächtige Kinder sofort der ärztlichen Behandlung zugewiesen werden. (Ja, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann ...)“

Wenn auch die Diphtherie seit Erlindung des Heilserums ihre Schrecken verloren hat und Luftröhrenschnitte zu den Seltenheiten gehören, so erwächst doch für die Eltern in diesen Tagen die ernste und dringende Pflicht, ihre Kinder mehr als bisher einer besonders sorgfältigen Ueberwachung zu unterziehen. Diese hat sich darauf zu erstrecken, Mandel- und Rachengegend der inneren Mundteile täglich einer Besichtigung zu unterziehen und nicht erst dann einzugreifen, wenn sich bereits die ersten allgemeinen Erkrankungserscheinungen bemerkbar machen.

Zeigt sich an den Mandeln oder am Zäpfchen ein grauweißer Belag, dann ist sofort ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Erhaltungsgemäß greift die Krankheit erschreckend schnell um sich, so daß Erstickungsgefahr bereits nach einigen Stunden einsetzen kann, wie leider durch die verschiedenen bereits eingetretenen Todesfälle bestätigt wird.“

Die Mahnung, sofort ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, ist zu unterstützen.

Aber! Schafft den Hunger und das Elend weg ... und die Epidemien werden hinwegfallen.

Eine Aufgabe, die das Proletariat zu lösen hat, indem es den proletarischen Ausweg aus der Krise beschreitet.

Dann sitzen sie da, hören, wie sich vom von dem Gericht das Leben, ihr Leben das Leben des Arbeiters widerspiegelt; wie Dramen und Komödien, deren Handlungen das Arbeitsverhältnis gestaltet, wechseln; wie schwer- und leichtblütige, rasch fertige und lange überlebende Menschen um ihr Recht und oft gegen vermeintliches Unrecht kämpfen. Sie haben auf Grund des Gesetzes das Vergnügen, oder auch die Ehre, die „Öffentlichkeit“ des Gerichtsverfahrens zu genießen. Erkauten müssen sie sich diese mit ruhigem und gesittetem Verhalten. Von den Verhandlungen ausgeschlossen werden können sie, wenn nach Auffassung des Gerichts die „Sittlichkeit“ gefährdet ist.

Die auf den Zuhörerbänken Sitzenden fühlen sich mit den vor dem Gericht stehenden klagenden Arbeitern, mögen sie auch gelegentlich einmal Unrecht haben, innerlich verbunden und stehen daher rein gefühlsmäßig zu ihnen. Trotzdem wissen sie sehr wohl zu unterscheiden zwischen den Klassen-genossen, die ihre Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung dokumentieren durch den Kollegen Gewerkschaftssekretär, der für sie den Kampf führt gegen das schier undurchdringbare Paragraphengebüsch der Tarifverträge und Gesetze und den meist sehr gerissenen Syndikus des Arbeitgeberverbandes, und jenen, die als Ueberschläue glauben, ohne Gewerkschaft auskommen zu können, sich aber dessen ungeachtet bei jeder Gelegenheit auf den Tarif berufen und es oft dank ihres „Selbstkönnens“ fertig bringen, daß sie mit ihren Klagen abgewiesen werden. Daß die erste Arbeitergruppe bei den Zuhörern größere Sympathien besitzt, braucht wohl nicht besonders gesagt zu werden. Und doch geht es ihnen durch und durch, wenn ein armer Teufel seine Klage verliert. Es werden dann auch schon mal leise Rufe der Unzufriedenheit laut. Das Gerichtskollegium überhört diese meist. Der Justizwachtmeister aber, der für Ruhe und Ordnung zu sorgen hat und auch sorgt, schaut mit einem Blick zu den Zuhörerbänken Ruhe.

Hat es einer „geschafft“ und so etliche hundert Mark zugesprochen erhalten, so verneint man gleich auf den Zuhörerbänken nur noch zufriedene Gesichter zu sehen. Wenn auch sie persönlich nichts davon haben, so scheint es ihnen trotzdem wohl zu tun, daß einer der Ihren nach längerer Entbehrung vielleicht einmal ein paar Wochen besser leben oder sich auch ein Kleidungsstück kaufen kann.

Hin und wieder kommt es auch vor -- wenn die Verhandlungen etwas langweilig sind --, daß hier und da jemand einschläft. Da der Gerichtssaal, weil das der Würde des Gerichts keineswegs entspricht, nicht als Schlafraum benutzt werden soll, müssen die Schlafmützen heraus.

So geht es Tag für Tag. Vom frühen Morgen, abgesehen von einer kurzen Mittagspause, oft bis zum späten Abend. Mal ist es sehr interessant, was da verhandelt wird, mal weniger. Sie, unsere „Arbeitsrechtler“, sind immer da. Was sollten sie auch Nützlicheres tun, da sie in doch keine lohnende Beschäftigung finden können? Jedenfalls, und davon bin ich fest überzeugt, wird manch einer der Zuhörer später einmal als Kläger vor dem „Gericht der Arbeit“ stehen und sich mit denen, die dann als Arbeitslose die Zuhörerbänke besetzt halten, innerlich verbunden fühlen als Klassengenosse.

Brieger Notizen

(Sonderbericht der SAZ)

Der Ausgang der letzten Reichstagswahl hat, zum Aerger des Vorsitzenden der Brieger SPD, unserer Partei am Orte keine Schwächung gebracht, vielmehr eine kleine Erhöhung der Stimmzahl. Unsere Versammlungen mit den Genossen Pietsch und Frölich haben einen guten Eindruck hinterlassen. Die SPD, die mit ihren Wahlkündgebungen in großer Aufmachung und Gelöse auf eine starke Stimmzunahme spekulierte, hatte hinterher einen Verlust von 500 Stimmen zu buchen. Zu gleicher Zeit formelten die religiösen Sozialisten, unter Führung eines staatsparteilichen Studienrats, der es entschieden ablehnt, Anschluß an eine proletarische Partei zu suchen, auf die Arbeiterschaft ein. Ihre stärkste Stütze ist hier das Reichsbanner. In einer ihrer Kundgebungen sprach der frühere Regierungspräsident von Harnack, umrahmt von einem Chor meist freidenkerisch eingestellter sozialdemokratischer Arbeitersänger. Die rote Fahne mit dem Christenkreuz und die Dreiecksflagge hingen symbolisch vereint auf dem Podium nebeneinander. Dieser Bewegung, die mit großer Mühe die nötigen Kandidaten auf ihre Liste zur Kirchenwahl sammelte, hatte bei der Wahl eine Woche später in Brieg und vier umliegenden Dörfern 1158 Stimmen erhalten, ihre Gegner 2689. Mit ihren zwei Wahlkündgebungen haben die religiösen Sozialisten aber soviel Durcheinander in die sozialdemokratische Arbeiterschaft gebracht, daß zur Zeit in ihr große Spannungen bestehen, die bei der allgemeinen Unschlüssigkeit und Unentschiedenheit im reformistischen Lager am Orte, nicht ohne Rückschläge bleiben werden.

Im Laufe der letzten Woche haben beide Zuckerfabriken ihre diesjährige Kampagne,

nach dreieinhalbwöchiger Dauer, eingestellt. Gegenüber den früheren Jahren ist das zu verarbeitende Rübenquantum viel geringer gewesen. In der Neugebauerischen wurden 600 000 Zentner, in der alten Brieger Fabrik etwa die Hälfte verarbeitet. Der Zuckergehalt war infolge des trockenen Sommers mit 18 Prozent gut. Beide Fabriken beschäftigten in vier Schichten zusammen 700 bis 800 Arbeiter, die, bis auf fast 10 Prozent, wieder die Wohlfahrtsämter der Stadt und des Kreises bevölkern.

Zur Hebung ihres Umsatzes veranstaltete die Brieger Kaufmannschaft vier sogenannte „Glückstage“ mit einer „Glückslosterie“. Ueber 300 000 Losen standen nur 1000 Gewinne gegenüber. Durch alle möglichen Mittel der Reklame, wie Freikonzerte, Turmb blasen, illuminiertem Rathaus, Kindertest, aufgeputzten Straßen und ohnlichem Klambim, wurde das Publikum zum Kaufen aufgefordert. Aber aus diesem verzweifelten Versuch, trotz der Krise wieder etwas hoch zu kommen, haben nur die Textilwarengeschäfte einigen Nutzen gezogen; im übrigen blieb der Umsatz wie bisher, dazu kommt noch das Geschimpfe der vielen Nielsenzieher.

Auf die „vier Glückstage“ werden wohl vier magere Wochen folgen, denn die Zuckerfabrikampagne ist zu Ende und eine andere Möglichkeit zur Arbeitsbeschaffung besteht wegen Geldmangels der Stadtverwaltung nicht. Wie notwendig wäre z. B. der Straßenbau. Gibt es doch tatsächlich Straßen im Weichbilde der Stadt, deren Benutzung fast lebensgefährlich ist. Eines schönen Tages werden wir erleben, daß große Verkehrswege wegen schlechten Zustandes gesperrt werden. Wahrhaftig, der Bankrott des Systems macht immer weitere Fortschritte.

„Arbeitsrechtler“

Zuhörer im Arbeitsgerichtssaal

Morgens, noch ehe es ganz neun Uhr ist, und nachmittags, bevor sich die ersten Parteivertreter eingefunden haben, bevor die Verhandlungen beginnen, stehen draußen auf dem Flur des Arbeitsgerichts -- ein neuer Typ, eine neue Kategorie von Gerichts-„studenten“ -- die „Arbeitsrechtler“. Es sind dies zumeist Arbeitslose, die hier ihre Freizeit verbringen und dabei das Nützliche mit dem Guten verbinden, nämlich in eigenem Interesse Studien machen, lernen, um sich, wenn sie wieder einmal eingereiht sind im Produktionsprozeß, auf Grund ihrer Kenntnis

der arbeitsrechtlichen Materie vor eventuellen Uebervorteilungen zu schützen. Sie stehen, gleichsam einem Knäuel menschlichen Lebens, einer Masse Mensch, zu einem Haufen geballt, auf dem Korridor, um sich, wenn die Tür geöffnet wird, gleich einer Sturmflut in den Saal zu den ihnen angewiesenen Plätzen zu ergießen. In diesem Augenblick herrscht Kampfstimmung. Ein beängstigendes Gedränge, ein Geschiebe und Gewoge macht sich bemerkbar; es wird gebozt und geknufft, bis endlich ein kleiner Teil der Hineinwollenden sich ein Plätzchen erobert hat.

Erfolg der Morgenfeiern

Gestern vormittag fanden zwei Morgenfeiern, die von Unterorganisationen unserer Partei veranstaltet wurden, statt.

Das „Proleton“ war überfüllt. Das „Zentraltheater“, in dem eine Novemberfeier zum Gedächtnis der russischen Revolution stattfand, mußte lange vor Beginn geschlossen werden. Hunderte mußten umkehren.

Die Darbietungen der Feier, eine ausgezeichnete Bildmontage der „Roten Arbeiter“ und der Film „Der Weg ins Leben“ fanden begeisterten Beifall.

Solidaritätsabend!

Zur Begrüßung der Kinder der zu Zucht-haus verurteilten Gleiwitzer Klassengenossen veranstaltete der Stadtlei Zimpel-Bischofs-walde der SAP am Donnerstag bei Wittke einen Solidaritätsabend, der sich eines guten Besuches erfreuen konnte und alles in allem als gut verlaufen bezeichnet werden kann. Alle drei Kinder konnten erfreulicherweise in Zimpel untergebracht werden.

Genossen, die leihweise für einige Zeit ein Kinderbett für die kleine Gleiwitzer Genossin zur Verfügung stellen können, wollen das bitte dem Genossen Kalinke, Breslau-Zimpel, Rotkehlchenweg 17, melden.

Durchgehende Arbeitszeit im Kaufhaus „Vorwärts“

Wie uns die Leitung des Kaufhauses „Vorwärts“, Reuschestraße 15, mitteilt, sind die Verkaufsräume ab heute durchgehend geöffnet, und zwar ab 10.30 Uhr bis 19 Uhr täglich.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Die Zahnpaste von höchster Qualität Sparsam im Verbrauch.

Erfahrungen einer Ortsgruppe in 3 Wahlkämpfen

Die Ortsgruppe Kamenz i. Sa. hat am 31. Juli 3,9%, am 6. November 4% und bei der Stadtverordnetenwahl 6,4% aller abgegebenen gültigen Stimmen für die SAP erreicht! Wie war das möglich? Können die anderen Orte, in denen die SAP Ortsgruppen besitzt, ebensolche Erfolge erringen? Wir sagen ja!

Wir wollen kurz über die Erfahrungen berichten. Am 16. November 1931 wurde unsere Ortsgruppe mit 8 Genossen gegründet. Durch unermüdete Kleinarbeit zählt heute Kamenz 120 Mitglieder. Von den „prominenten“ Funktionären der SPD trat keiner der SAP bei. Wir sind zum überwiegenden Teil jüngere Genossen. Bei der Wahl am 31. Juli haben wir feststellen müssen, daß die SPD und die KPD ihre Agitation in den letzten Tagen vor der Wahl auf den Höhepunkt brachten, während wir vier Tage vor der Wahl „fertig“ waren. Damals haben wir in unserer Amtshauptmannschaft 16 Versammlungen durchgeführt. Die nächste Ortsgruppe der SAP ist 20 Kilometer von uns entfernt. Nach dieser Wahl, die für uns nicht die Erfolge brachte, die wir erwartet hatten, wurde in einer Mitgliederversammlung darüber debattiert und beschlossen, in Zukunft mehr als bisher unsere Agitation auf unseren Ort zu konzentrieren. Sofort, als der Termin zur Reichstagswahl auf den 6. November festgesetzt wurde, haben wir im Arbeiterlokal den Saal für den 5. November bestellt. Am Tage vor der Wahl haben wir an die Mitglieder der SAP, an die Leser der SAZ und des Kampfsignals sowohl, als auch an die Freunde der SAP einen Brief geschrieben, in dem wir verschiedene Angriffe und Verdächtigungen richtigerstellten und zur Stimmabgabe für die SAP aufforderten. 400 derartige Briefe wurden verteilt. Zur Stadtverordnetenwahl hatten wir wiederum Sonnabend vor der Wahl öffentliche Versammlung und gaben an diesem Tage 1750 Briefe an die Arbeiterschaft heraus. Von 6112 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt die SAP 399 und dadurch 1 Stadtverordneten.

Voraussetzung für Erfolge, auch bei den Wahlen, ist, daß alle Genossen freundschaftlich miteinander verbunden sind und ein guter Funktionärstamm vorhanden ist. Die Ortsgruppen der SAP im Reich dürfen nicht die finanzielle Schwäche unserer Partei vorschreiben, sondern müssen mit den vorhandenen Mitteln rationell wirtschaften. 500 Schreiben, die in Form von Flugblättern sein können, kosten 3 Reichsmark, 500 Kuverts 2 Mark, Flugblätter, in die Häuser geschickt, werden oft nicht gelesen, aber einen Brief liest jeder Proletarier aufmerksam. Genossen, versucht diese Agitationsform auch einmal in euren Orten, und wir glauben, in Zukunft auch von euch Erfolge hören zu können. Vorwärts für die SAP, im Interesse der Arbeiterklasse!

Reichsbannerführer provoziert Schutzbund

Planitz.

Als am Montag, wie regelmäßig, außer der Wahlperiode, der Schutzbund im Volkshausaal, der zu diesem Zweck gemietet ist, seine Übungsstunde abhielt, erschien plötzlich der frühere Unionist und intime Freund von Nazi-Seifert, der jetzige Reichsbannerführer K. Seifert mit seinen 20 Männern und erklärte kategorisch: „Um 8 Uhr ist der Saal unser, dann räumen wir.“ — Mit einem geringschätzigen Lächeln quittierte der Schutzbund die provozierende Äußerung, die blitzartig die Stellung des Reichsbanners charakterisierte. Nach Erkundigung ergab sich, daß der Saal widerrechtlich und ohne uns Mitteilung zu geben, von unserem „Gönner“ Baumann dem Reichsbanner versprochen war. In bewundernswürdiger Großmut und stolzem Klassenbewußtsein überließ der Schutzbund zur Vermeidung eines Bruderkampfes dem Reichsbanner den Saal. Den Verantwortlichen der Volkshausleitung sei aber mit aller Deutlichkeit versichert, daß der Schutzbund und die SAP sich weitere Schikanen nicht bieten lassen und gegebenenfalls auch vor dem letzten Mittel nicht zurückschrecken werden. Die Volkshausleitung wird die künftigen Konsequenzen zu tragen haben. Es bleibt nur abzuwarten, ob die Sportgenossen, denen die Verantwortung für das Heim obliegt, diesem verantwortungslosen Treiben einzelner fanatischer Sozialdemokraten aus der Volkshausleitung Einhalt gebieten werden.

Am Sonnabend und Sonntag, den 26. und 27. November, findet im Schreiberheim des Naturheilvereins Planitz-N. ein Wochenendkursus statt. Genosse Melcher-Dresden behandelt das Thema: „Die Weltlage des Kapitalismus.“ Beginn Sonnabend 19 Uhr, Sonntag 9 Uhr. Die Planitzer Genossen werden bestrebt sein, für alle Teilnehmer Privatquartiere zu stellen. Es macht sich deshalb notwendig, daß sich die teilnehmenden Genossen sofort bei ihrem Vorsitzenden melden. Die Mitglieder und Freunde von Planitz, die für eine Nacht einen Genossen beherbergen wollen, werden gebeten, dies bei Genossen Hiestermann und Fröhlich zu melden. Der Kursusbeitrag ist für Erwerbslose und Lehrlinge 10 Pf., Vollverdiener 20 Pf.

Werbt Abonnenten

Die Gemeindewahlen im Klingenthaler Gebiet

Nach dem für unsere Partei wenig günstigen Ausfall der Reichstagswahl jubelten gewisse Leute bereits, daß die SAP erledigt sei, und noch am vorigen Sonnabend prophezeite der Abgeordnete Hortsch in einer SPD-Versammlung, die „Sapper“ würden zur Gemeindewahl „vollends hinweggefegt“ werden. Dabei hatten ihn eigentlich schon unsere Wahlversammlungen eines Besseren belehren können. Wenn am 8. November die Genossen Zweiling und Schlosser in Klingenthal vor über 800 und ein paar Tage darauf Adam Langry und Paul Hoyer in Brunnöbber vor fast 400 Menschen sprechen konnten, so beweist das alles andere als den Bankrott der SAP. Aber bei diesen Leuten verlangen eben nur Stimmzettelerfolge. Nun können wir auch damit dienen und sind neugierig, was unsere Stimmzettelerfolge dazu sagen werden.

In Klingenthal erhielt die SAP 939 Stimmen gegen 245 am 6. November und 393 am 31. Juli. Diesem Gewinn von 694 Stimmen steht ein Verlust der SPD von 245 und der KPD von 227 Stimmen gegenüber. Die SAP hat nicht nur diese Verluste aufgeholt, sondern noch 222 Stimmen dazugewonnen. Auf der rechten Seite sanken die Nazistimmen von 2444 am 31. Juli und 2176 am 6. November auf 1899, während das Bürgertum seine Stimmen nur von 360 auf 380 steigern konnte. An Mandaten erhalten SAP 5, SPD 1, KPD 2, Nazi 9 und Bürgerliche 2 7/8.

Ein ähnliches Bild zeigen die anderen Gemeinden des Bezirks: überall starker Rückgang der Nazis, geringe Gewinne des Bürgertums und sehr starker Zuwachs für die SAP. Die „Volkszeitung“ wird unsere Erfolge damit erklären wollen, daß die SPD in diesen Orten keine Listen zusammengebracht hatte und wir dadurch die SPD-Stimmen einheimsen konnten, aber gerade das Klingenthaler Ergebnis beweist, daß auch eigene Listen der SPD nichts geholfen hätten.

In Brunnöbber erhielt die SAP 787 Stimmen gegenüber 203 am 6. November, die KPD 262 gegen 463, die NSDAP 897 gegen 1149, das Bürgertum 335 gegen 189. An Sitzen entfallen auf die SAP 6, die KPD 1, die Nazis 6, die Bürgerlichen 2.

In Georgenthal bekamen die SAP 148 Stimmen gegen 82 am 6. November, die KPD 426 (448), die Nazis 250 (599), die Bür-

gerlichen 541 (611). Mandate: SAP 2, KPD 4, Bürgerliche 5, Nazi 2.

Besonders interessant ist das Ergebnis in Zwota, einer ausgesprochenen Nazigemeinde. Dort standen sich bereits bei der letzten Gemeindewahl, die am 12. Juni 1932 stattfand, nur SAP und Nazis gegenüber. Im Vergleich zu dieser Wahl erhielten die SAP 414 gegen 238 Stimmen, die Nazis 1112 gegen 1171. Gemessen an der letzten Reichstagswahl erhielt die SAP noch 109 Stimmen mehr als alle drei Linksparteien zusammen, während die Nazis 91 Stimmen verloren haben. Da die Zahl der Gemeindeverordneten inzwischen von 11 auf 9 herabgesetzt worden war, erhielt die SAP wieder 2 Sitze, während die Nazis 2 einbüßten. Noch 23 Stimmen mehr, und unsere Genossen hätten sogar noch einen dritten Sitz erobert.

Auch in Sachsenberg hatten unsere Genossen eine Liste eingereicht, diese aber wieder zurückgezogen, da der Spitzenkandidat infolge einer geringfügigen Formalität nicht anerkannt wurde. Sie hatten dafür zur Wahl der KPD-Liste aufgefordert und erreichten damit, daß alle, die zur letzten Reichstagswahl SAP oder SPD gewählt hatten, diesmal der KPD ihre Stimme gaben. Die sonst überall zu beobachtende Zunahme der Linksstimmen ist jedoch ausgeblieben und der Verlust der Nazis ist geringer als in den übrigen Orten. An Sitzen entfallen auf die Nazis 9 und auf die Kommunisten 6, während bisher 8 Bürgerliche 7 SAP-Leuten gegenüberstanden. Hätten unsere Genossen ihren Wahlvorschlag aufrechterhalten, hätte zweifellos das bisherige Verhältnis zwischen Links und Rechts gehalten werden können.

Alles in allem: Die SAP hat sich glänzend geschlagen. Wir werden uns zwar nie zu der Einbildung verleiten lassen, mit dem Stimmzettel siegen zu können, aber wir freuen uns, mit der Gemeindewahl endgültig alle die widerlegt zu haben, die immer mit Stimmzettelergebnissen gegen uns zu argumentieren versuchen. Die Gemeindewahl hat bewiesen, daß breite Massen der Arbeiterschaft zur SAP stehen, und ihr bei den großen politischen Wahlen nur deshalb ihre Stimme versagen, weil sie fürchteten, daß wir kein Mandat erhalten könnten. Unsere Aufgabe ist es, diese falsche Einstellung zu beseitigen und aus Wählern und Sympathisierenden Mitkämpfer zu machen.

Aus dem Gemeindewahlkampf

Münchritz bei Riesa

Gegen die Wahlen vom 6. November konnten wir hier am 11. November einen zahlenmäßigen Fortschritt von 43 auf 76 Stimmen buchen, so daß nur wenige Stimmen zur Erlangung eines Mandates fehlten. Da wir Listenverbindung mit der SPD hatten, sind aber unsere Stimmen dieser Partei zugute gekommen, die allerdings eine ganz empfindliche Schlappe erlitten hat, so daß die bisherige Linksmehrheit bedauerlicherweise verloren ging. Erst 9:6 für SPD, jetzt 7:8 für rechts! Gegenüber der Wahl vom 6. 11. hat die SPD nochmals etwa 100 Stimmen eingebüßt. Wir sind gespannt, ob man in der Münchritz SPD-Gruppe ernstlich daran gehen wird, einmal die wirklichen Ursachen für diesen Mißerfolg aufzusuchen. Wahrscheinlicher ist leider, daß man es sich leichter machen und die Schuld auf uns schieben wird, wie wir in einem Artikel vor der Wahl schon andeuteten. Daß man sich auf Seiten der SPD durchaus nicht so stark und einwandfrei tuihlt, beweisen mehrere Äußerungen des Gruppenvorsitzenden. Dieser äußerte nach unserer Wahlversammlung am 9. 11., die durch Niederbrüllen unangenehmer Redner durch die SPD gekennzeichnet war, daß die SAP noch mehr auf Lager (!) gehabt habe, aber man hätte sie gar nicht dazu kommen lassen, noch auszunocken! Das ist ein recht eigenartiges Eingeständnis eigener Fehler, deren Aufdeckung durch uns man also gefürchtet und entsprechend verhindert hat. Nun, wir hätten auch ohne die Brüllereien junger dazu kommandierter Leute in dieser öffentlichen Versammlung im Gesamtinteresse der Arbeiterschaft nichts weiter ausgesprochen, sind aber gespannt, ob man nun selbst durch die SPD einmal seine Fehler hier nachprüft. Wir schweigen vorläufig!

Glaubitz

Auch hier gelang es uns, unsere Stimmenzahl gegenüber der Wahl vom 6. 11. zu erhöhen, fast zu verdoppeln, so daß unser Genosse Albrecht als SAP-Vertreter in das Gemeindeparlament gewählt worden ist. Dadurch ist es möglich gewesen, die Linksmehrheit zu erhalten; es wurden noch gewählt 6 SPD und 6 Bürgerliche.

Leckwitz

Einen schönen Erfolg haben hier SPD und SAP zu verzeichnen. Während bisher fünf Linksvertreter 4 Bürgerliche gegenüberstanden, gelang es, diesmal 5 SPD und zwei SAP-Genossen durchzubringen, während sich die Bürgerlichen mit 2 Vertretern begnügen müssen. (SAP am 6. 11. 39 St., am 13. 11. 69 Stimmen.)

Merschwitz

Durch die Flauheit einer Anzahl Linkstehender und vor allem vieler Arbeiterfrauen gelang es hier leider den Bürgerlichen, die selbst Blinde und Lahme zur Wahlurne schleppten, noch einen 6. Vertreter zu gewinnen. Bisher 5 Bürgerliche, 3 SPD und 1 SAP, jetzt 6 Bürgerliche, zwei SPD und 1 SAP. Bei nur 3 Stimmen mehr für links wäre es möglich gewesen, noch einen zweiten Genossen der SAP ins Gemeindeparlament zu entsenden! Während die SPD von 150 Stimmen am 6. 11. auf 85 zurück ging, gelang es uns, die Stimmenzahl von 48 am 6. 11. auf 66 am 13. 11. zu erhöhen. Schwer Schiffbruch hat allerdings die Naziliste O. Müller, Kurt Lehmann u. litten, die nur 56 Stimmen auf sich vereinigen konnte, während sie am 6. 11. 135 Stimmen erreichten! Ueberhaupt scheint unseren Nazis die Wahl vom 6. 11. schwer in die Glieder gefahren zu sein. Sonst kann jeden Tag in ihren Zeitungskästen am Gasthof neben dem Konsum ein neuer „Freiheitskrampf“ aber seit der Reichstagswahl hat man vergessen, wieder einmal eine Zeitung hineinzuhängen, so daß noch am 15. 11. Wahlnummern von der Reichstagswahl zu studieren sind! Interessant ist schließlich noch, daß der hiesige Polizeiwachmeister für die Reichstagswahl diesmal ganz offen Propaganda machte, indem er an sein Zimmfenster, rechts vom Dienstschild, ein Plakat für die Naziliste anbrachte! Dabei wohnt dieser Beamte im Konsum! Zum Dachfenster ließ er wieder seine Hakenkreuzflagge wehen! Man kann sich vorstellen, welche Entrüstung vielfach über diese Schandung eines Konsumgebäudes durch einen Polizeiwachmeister laut wurde! Bisher glaubte man teilweise noch, nur sein hünd-jähriger Sohn beteilige sich bei den Nazis. Jetzt aber weiß jeder, woran er ist!

Aus Südwest-Sachsen

Mylau i. U.

Aus wichtigen Gründen hatten SPD und KPD eine Listenverbindung abgelehnt. Gestützt auf den bewährten Ruf unserer Kandidaten, gingen wir deshalb allein in den Kampf — nicht ohne von SPD und Nazis aufs geschüssigste beschimpft und als „schwindsüchtige Wählerstimmenpartei“ bezeichnet zu werden. Das Wahlergebnis zeigte, daß die SAP sämtliche Arbeiterstimmen aufsaugen konnte, die von SPD und KPD bei dieser Wahl verloren gingen. Wir hatten gegenüber der Reichstagswahl eine Zunahme von 50% zu verzeichnen! Die SPD erhielt für ihre Politik die verdiente Quittung, denn sie vermodete nicht einmal das Ergebnis der letzten Reichstagswahl zu erreichen und ging von 1000 Stimmen auf 868 herunter. Die KPD verlor rund 100 Stimmen. Die SAP rückte von 407 auf 637 Stimmen vor und nahm damit die 230 verlorenen Stimmen beider Parteien auf. Die Nazis verloren rund 600 Stimmen. Die Zusammensetzung des Stadiparlaments sieht nun folgendermaßen aus: SAP 2 Mandate, SPD mit Ach und Krach 3

Dresden

Dr. Friedrich Wolf spricht!

In der Veranstaltung der Freien Menschen (Vereinigung für Freikörperkultur und sozialistische Lebensgestaltung) spricht Friedrich Wolf, Stuttgart, trotz des Burgfriedens heute (22. November) im Kristallpalast über Nacktkultur, Liebes- und Eheleben, Geburtenregelung, Naturheilung. Eintritt: 1.— RM. (nummerierte Plätze), 50 Pfg. für Erwerbslose 25 Pfg. Karten an der Abendkasse. Einlaß: 19 Uhr.

KPD 2 — zusammen also 7 linke Vertreter. Die rechte Seite 2 bürgerliche, 1 Hausbes., 5 Nazis, zusammen 8, so daß zu dieser Wahl die linke Mehrheit — wie seit dem rapiden Anwachsen der Nazis in den letzten Jahren ohnehin feststand — zum erstenmal gebrochen wurde. Natürlich fehlt nicht das Gebell der besonders klugen SPD-Fanatiker, die diese Tatsache auf die Spaltung zurückführen wollen. Daß die staatsfromme Politik der SPD nicht zum wenigsten die Schuld am Anwachsen des Faschismus in den letzten Jahren trägt, übersehen sie lieber, ebenso die Tatsache, daß keine Arbeitersstimme verloren ging, da sie sämtlich von der „schwindsüchtigen“ SAP aufgefangen wurden.

Schöneck

Gemeindewahl. Da wir nur über eine kleine Ortsgruppe verfügen, ließen sich unsere Genossen erst im letzten Moment von der Notwendigkeit überzeugen, eine eigene Liste aufzustellen. Ergebnis: Die Stimmen der SAP stiegen von 21 auf 103, die SAP erhält einen Sitz. Die SPD bekommt 2 Mandate gegen bisher 3, die KPD wieder 3, die NSDAP 5 und die bürgerliche Einheitsliste 2. Das Verhältnis zwischen Rechts und Links bleibt also das alte. Stadtverordneter der SAP ist der Genosse Fritz Götz.

Zwickau

Gewaltige Revolutions- und Wahlkundgebung. Nahezu tausend Proletarier waren am 9. November dem Pufe der UB-Leitung der SAP zur Revolutionskundgebung in den „Linden-Sälen“ gefolgt. Der Papen-Burgfriede drohte in letzter Minute die Veranstaltung zu verhindern. Die politische Polizei genehmigte dann die Veranstaltung noch als Wählerkundgebung für die Kommunalwahlen. Das Referat des Genossen Klaus Zweiling, der immer in „engster Verbindung mit den Befehlshabern zur Wahl“ die Bedingungen der deutschen November-Revolution und der großen russischen Revolution schilderte, gestaltete sich so zu einem Versteckspiel mit der „Pol-Pol“. Immer wieder wurde er von den Beamten angehalten, „zur Sache“ zu sprechen, und er hätte doch nicht besser dazu reden können! Unter Umschiffung der gefährlichsten Klippen gelang es so, die Auflösung der Versammlung zu vermeiden. Man sieht fürwahr, daß die „Freiheit“ im neuen Deutschland eine fabelhafte Sache ist, mit der sich das wilhelminische Deutschland nicht mehr messen kann. Umso begeisterter wurde der Appell des Genossen Zweiling, für eine starke, revolutionäre SAP von den Versammelten aufgenommen.

Mit Begeisterung aufgenommen wurde dann auch die proletarische Revue: 1918 — 1928 — 1932, die der SJV des Unterbezirks selbst geschaffen in exakter, vollendeter Darstellung auf die Bretter brachte. Es war ein großes Erlebnis, das hier unsere jungen Genossen für die Zuhörer gestalteten. Himmelweit war der Unterschied, der zwischen dem revolutionären Rufe unseres SJV gegenüber dem ersticken „Geist“ der SAJ hier zum Ausdruck kam. Der nicht endenwollende Beifall am Schluß wird unseren jungen Genossen die Dankbarkeit und Kampfverbundenheit für und in solcher revolutionären Gesinnung zwischen Alten und Jungen bewiesen haben.

In Sachen Kentucky

Ein Riesenprozess gegen Bergarbeiter in USA

(Schluß.) Da es sehr unwahrscheinlich war, daß man von einer Justiz aus Harlan, wo ein jeder die wirklichen Verhältnisse genau kannte, das gewünschte Urteil erlangen würde, wurde auf Anfrage des Staatsanwalts die Behandlung eines Teils der Angelegenheiten nach Mount Sterling in der Blue Grass Provinz verbracht, wo die Bevölkerung aus Bauern besteht, die eine kleinbürgerliche Gesinnung hegen und auf die Grubenarbeiter herabschauen. Klassengegensätze wurden so verschärft gegenseitig ausgespielt. Außerdem ist Mount Sterling mehr als 300 km von Harlan entfernt. Eine Gerichtssache so weit weg zu verlegen, ist durchaus ungesetzlich; dieses geschah, um es der Verteidigung unmöglich zu machen, wegen der enormen Kosten, die dies zur Folge haben würde, eine ausreichende Anzahl Zeugen aus dem Harlan-Bezirk — meistens völlig verarmte Grubenarbeiter — gegenüber der unbeschränkten Anzahl vorzubringen, deren sich der Advokat der Coal Company hatte versichern können.

Als erster wurde der Fall William Burnett verhandelt, den man des Mordes beschuldigte. Bei einem Handgemenge zwischen Grubenwächtern und Streikenden, wobei Burnett einem alten Neger-Arbeiter, der geschlagen wurde, zu Hilfe gekommen war, hatte ein Grubenwächter auf ihn geschossen. Burnett hatte hinter einem Kohlenwagen Deckung gesucht und die linke Hand erhoben, als Zeichen dafür, daß er sich nicht wehren würde; diese Hand wurde durchschossen. Dann kam ein Zweiter hinzu, der ihn von der anderen Seite beschoss. Burnett zog darauf seinen Revolver und verteidigte sich, wobei er den einen der ihm Nachstellenden tötete, während der andere verwundet wurde; er selbst wurde schwer verwundet.

Aus den Erklärungen von 18 Zeugen ging so deutlich hervor, daß Burnett in Selbstverteidigung gehandelt hatte, daß die Jury ihn freisprechen mußte. Die Coal Company ließ es nicht dabei bewenden, und im August dieses Jahres wurde Burnett erneut festgenommen, wegen der Verwendung des zweiten Grubenwächters. Die Anklage lautete: Schießen mit der Absicht zu töten.

Inzwischen hatte man durch diesen Freispruch begriffen, daß es auch nicht leicht fallen würde, die anderen Arbeiter wegen Mordes verurteilen zu lassen. Deshalb ließ man die Anklage gegen die 43 Arbeiter verändern; an Stelle von Mord wurden sie einer „Verschwörung mit Mord als Zweck“

beschuldigt. Das Verschwörungs-Gesetz ist ein veraltetes Gesetz, das in England schon lange abgeschafft ist, aber in Amerika jetzt in immer stärkerem Ausmaße angewendet wird. Es war ein nie fehlschlagendes Mittel für die herrschende Klasse, um mißliebige Elemente aus dem Wege zu räumen. Es ist ja auch gegenüber einer unbeschränkten Anzahl falscher Zeugen praktisch unmöglich zu beweisen, daß eine derartige Verschwörung nicht stattgefunden hat.

Im November 1931 wurde das erste Urteil gefällt.

W.B. Jones wurde zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt.

Fünf Arbeiter, die bei der Verteidigung als Zeugen aufgetreten waren, wurden nach dem Prozeß festgenommen und auch wegen Verschwörung angeklagt.

Der Polizeichef von Everts, Aza Cusick, der gegen das Banditentum und den Terror

protestierte, die durch die bewaffneten Leute des Sheriff und der Kohlegesellschaft ausgeübt wurden, war seines Lebens nicht mehr sicher. Ein Grubenwächter drohte, ihn zu töten, und schoß auf ihn. Cusick wurde gleichfalls festgenommen und des Mordes bezichtigt.

Die wichtigste belastende Zeugenaussage gegen Jones wurde durch Sol Smith geleistet; der behauptete, einem Teil des Gefechts beigewohnt zu haben, und erklärte, gesehen zu haben, daß Jones zwei Männern Gewehre gab. Der Wert derartigen Zeugnisaussagen ergibt sich aus der Erklärung des Entlastungszeugen, Joe Cawood, der schwur, daß Sol Smith am Datum des Gefechts den ganzen Tag über unzurechnungsfähig betrunken in seinem Wohnzimmer gelegen hätte.

Nach dem Prozeß von Hightower sandte der Bezirksrichter die weiteren Fälle nach Harlan zurück, da die Prozesse den Steuerzahlern zuviel Geld kosteten. Das gleiche tat der Richter von Winchester, wohin u. a. vier Neger verbracht waren.

Als die Neger-Arbeiter noch im Gefängnis von Harlan saßen, wurde ihnen verschleudert Freilassung angeboten, sofern sie erklären wollten, daß bestimmte weiße Arbeiter die tödlichen Schüsse abgegeben hätten. Auf ihre Weigerung drohte man ihnen erst, sie zu lynchen; als das nichts half, entzog man ihnen das Essen, sie wurden geschlagen und eingekerkert. Dieses alles waren Bemühungen des Sheriff Blair, um sie gegen ihre Kameraden aussagen zu lassen. Aber selbst der neunzehnjährige Andrew Hench verlor keinen Augenblick lang seine Standhaftigkeit.

Der Neger Elzie Phillips wurde zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt. Berufung gegen dieses Urteil ist eingereicht.

Dann wurde William Hudson zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt.

Am 23. September bekam Jim Reynolds eine lebenslängliche Gefängnisstrafe.

Drei Untersucher der Verteidigung wurden mit Gewalt aus Harlan entfernt, wovon zwei inhaftiert wurden.

Der Terror schreitet ruhig weiter fort. Journalisten und Studenten, die aus Chicago kommen, um die Angelegenheit an Ort und Stelle zu untersuchen und die Zustände zu studieren, werden durch die bewaffnete Bande, die direkt oder indirekt in Diensten der Coal Company steht, einfach „entfernt“. Man nimmt sie mit „for a ride“ — für eine kleine Autofahrt —, d. h. sie werden unter dem einen oder dem anderen Vorwand in ein Automobil gelockt, und — manchmal nach Verabreichung einer tüchtigen Tracht Prügel an einem abgelegenen Orte — über die Grenze des Staates Kentucky gesetzt, unter der Bedrohung, daß sie es nicht wagen dürften, zurückzukommen und sich um die Angelegenheiten anderer Leute zu kümmern. In Chicago haben Studenten ein Büro gegründet, „The Student Bureau for Miners Relief“, um den Grubenarbeitern zu Hilfe zu kommen. Aber nicht allein ein paar Studenten von Chicago, sondern die Massen der Welt müssen gegen diese Klassenjustiz protestieren. Sie dürfen dabei aber nicht vergessen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann.

Einsturz eines Neubaus

Mantua, 20. November. In einer nahe gelegenen Ortschaft stürzte ein Teil eines Neubaus ein. Zwölf Arbeiter wurden unter den Schuttmassen begraben. Einer der Arbeiter fand bei dem Unfall den Tod, die anderen elf erlitten schwere Verletzungen.

Ein Eisenbahnzug kämpft sich durch die „See“



Ein Bild von der Sturmkatastrophe, die den amerikanischen Staat Massachusetts heimsuchte. Alle Flüsse schwellen riesenhaft an und überschwemmten das Land. Meterhoch standen die Eisenbahnstrecken unter Wasser, nur mit Mühe konnten sich die Züge ihren Weg durch die entfesselten Fluten bahnen.

Erdstoß in Westdeutschland

Düsseldorf, 21. November. In der Nacht zum Montag um 0 38 Uhr, wurde in Düsseldorf und Umgebung ein heftiger Erdstoß verspürt, der etwa zwei bis drei Sekunden dauerte. Der Erdstoß war so stark, daß die Leute aus dem Schlaf geweckt wurden und Tische und andere Möbelstücke erheblich ins Wanken gerieten. Der Erdstoß wurde auch in Krefeld, Gladbach-Rheydt, Essen, Räcklinghausen, Dortmund, Velbert und Opladen wahrgenommen. Der Bevölkerung hat sich große Unruhe bemächtigt. Auch Koblenz, Köln, Essen, Wuppertal, Gelsenkirchen, Mülheim, Krefeld u. Bochum sind betroffen worden. Nach allen bisher vorliegenden Meldungen ist Schaden nicht angerichtet worden. Der Erdstoß soll 2 bis 30 Sekunden gedauert haben.

Bericht der Erdbebenwarte auf dem Kleinen Feldberg

Das Erdbeben im Rheinland und Westfalen wurde von den Instrumenten der Rheinisch-schlesischen Erdbebenwarte auf dem Kleinen Feldberg im Taunus um 24,37 Uhr, 38 Sekund. aufgezeichnet. Nach vier Minuten kamen die Instrumente wieder zur Ruhe.

23 Personen an Chlorgas vergiftet

Tilsit, 20. November. Auf dem Anschlußgleis der hiesigen Zellstoff-Fabrik stieß heute nachmittags ein mit Chlor beladener Wagen gegen einen unbenutzt stehenden fahrbaren Kran. Infolge des Anpralls wurde ein Ventil des Chlorwagens abgebrochen. Durch die entweichenden Gase sind von dem Betriebspersonal der Fabrik sowie der Besatzung einiger auf dem Marmelstrom liegender Fahrzeuge 23 Personen, darunter zwei schwer, an Vergiftungserscheinungen erkrankt.

Ein sonderbares Explosionsunglück

Rotterdam, 20. November. Heute morgen um ungefähr 4 Uhr ereignete sich aus bisher noch nicht festgestellten Ursachen in einem am Schiedamsche Singel gelegenen Gebäude, in dem ein Büromöbelgeschäft untergebracht ist, eine schwere Explosion, durch die ein Polizeibeamter sowie ein weiterer Polizeibeamter sowie sechs andere Personen schwer verletzt wurden.

Sonderbar: in einem Büromöbelgeschäft eine Explosion, bei der Polizeibeamte umkommen.



Das Novemberheft des „Roten Pioneer“ (Verlag Dresden A 1, Jakobsgasse 5) ist dem Thema „Deutsche Revolution“ gewidmet. Das Hauptstück bildet ein umfangreicher, gründlicher, Klarheit schaffender Aufsatz des Genossen Paul Fröhlich. Dazu glänzend zusammengestellte Ausschnitte aus Schriften und Aufrufen Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Paul Levis — und der Reformisten, der Vertreter an der Revolution. Abschließend kurze Beiträge zu Problemen der Jugendbewegung, eine treffliche Literaturübersicht zum Thema des Heftes und Buchbesprechungen. Wieder ein vorzügliches Heft — und das alles für 10 Pfennige! W. F.

GLADKOW



Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Er drehte sich auf den Absätzen um und ging hinaus. Bankin ging apathisch nach. Ich aber fand keine Worte, um Guljaka zu erwidern; ich fühlte mich beleidigt und geschlagen. Auf dem Gang stieß ich mit Luscha zusammen. Der Anblick dieser Frau erfreute mich so, als wäre sie mir nah und verwandt, als sähe ich in ihr meine Verteidigerin. Ich schämte mich, es tat mir weh, die ganze Gemütlichkeit meines Zimmers erschien mir auf einmal widerwärtig und unsinnig.

„Luscha, liebe, komm zu mir... Ich will alles hinauswerfen. Hol der Teufel all die Sachen!“

„Weißt du, wer dieses Ungeheuer ist? Das ist doch mein Peiniger, mein Mann, mein Mann noch aus dem alten Regime... Aber ich denke mir so: Wenn wir mit der Revolution alles kurz und klein geschlagen haben, so ist er, der Popogatte, für mich auch nicht mehr gültig... Hab ich Lust, lebe ich mit ihm, hab ich keine, dann eben nicht... Trotzdem der verdammte Kerl sich wie eine Milbe in mein Herz eingefressen hat. Ich habe mich aber doch endgültig entschieden: Du lebst dein eigenes Leben, und ich tu's auch, jeder hat seinen eigenen Winkel und die Liebe haben wir zusammen, wie es sich für Kommune gehört. Ist doch gut so?“

In ihren Worten war etwas Frisches, sehr Gutes, Unerwartetes, Neues und Ueber-raschendes.

„Luscha, liebste!... Du bist so warm, so saftig.“

Guljaka streichelte nachdenklich und zärtlich ihre Schultern, leise und ebenfalls nachdenklich seufzte er:

„Die Weiber verstehen einander mit halben Worten und lösen die Probleme mit Seufzern.“

Luscha schlug ihm böse auf die Hand und schnaubte ihn an:

„Was fällt dir ein?... Du Spürhund du! Steckst deine Nase zu einem fremden Menschen ins Zimmer und beleidigst ihn schon gleich im ersten Augenblick. Wer hat dich gerufen? Mach, daß du fortkommst! Geh weg!“

Ich möchte von dem Erlebten mit neuen Worten erzählen, mit Worten, die schon irgendwo, irgendwann, von irgendjemand ausgesprochen wurden, aber noch im Strudel altersschwacher Bilder versteckt sind. Ich empfinde schon auf ganz neue Art, ich fühle und denke nicht so, wie ich es vor einem Jahr tat. Wie gern möchte ich doch meine Gedanken, meine Gefühle in unerwartete, frische Worte kleiden, die in der vergangenen Epoche meines Lebens noch nicht dieselben Farben, dieselben Umrisse hatten! Warum sind die Menschen so hilflos in der Beherrschung ihrer Sprache? Die Worte sind wie Gewohnheiten, wie Traditionen, stärker als der Tod; sie überleben die gewaltigsten Revolutionen und eine ganze Reihe von Generationen. Die Klassen sterben, die Worte leben noch lange weiter.

Wann wird die Menschheit endlich jene Harmonie ihrer Taten erreichen, durch die die Revolution des Seins auch zur Revolution des Wortes wird? Vielleicht nützen sich unsere Kräfte deshalb so frühzeitig ab, weil unsere Worte noch vorsintflutliche Waffen der Reaktion auf die Umwelt sind. Vielleicht sterben jetzt die Menschen so frühzeitig, weil sie das Leichengift der alten Worte töten. Wir schaffen in der Wirklichkeit ein neues Leben, aber die Gespannen der Toten würgen uns.

Uebrigens... reden wir nicht davon. Ich werde mit alten Worten von neuen Taten erzählen.

Die Säuglinge

Die Zimmer des Kindergartens und der Krippe befinden sich im gleichen langgestreckten Gebäude, wo auch ich wohne. Sie sind größer als die Zimmer, die die Kommune bewohnen, sind aber trotzdem furchbar klein und eng. Das Zimmer der Säuglinge ist doppelt so groß wie mein eigenes, und das Zimmer des Kindergartens ist doppelt so groß wie das der Säuglinge. Beide sind hell und grell weiß. In der Kinderkrippe stehen in zwei Reihen nebeneinander eiserne Bettchen mit hohen Gittern, die in unserer eigenen Werkstatt hergestellt wurden. Bis auf den heutigen Tag bin ich noch immer freudig erregt, wenn ich auf die sauberen Bettchen blicke, in denen die rundlichen Kleinen herumkrabbeln. Einige von ihnen liegen auf dem Rücken und strampeln mit Beinchen und Aermchen, wie kleine Spinnen hinter einem unsichtbaren Spinnweb, das straff wie eine Saite sich zur Umwelt, zur Zukunft spannt. Einige von ihnen gurren laut, spielen eifrig mit dem Raum und machen die unglaublichsten Anstrengungen, um sich der Sonnenstrahlen zu bemächtigen. Einige von ihnen brüllen, revoltieren gegen ihre Machtlosigkeit, in den Besitz der überreichen Mutterbrust gelangen zu können. Mögen sie nur schreien, ihre Brustkörbe werden dadurch nur kräftiger, ihre Gesichtsmuskeln energischer. Das ist die erste Stählung im Kampf ums Dasein. Ich werde immer frisch und lebensfreudig, wenn ich dieses Gebrüll höre. Meine Brust zittert von Lachen, wenn ihr Gebrüll besonders ungeduldig und wütend wird. Der Anführer dieses revoltierenden Gebrülls ist Wolodjka, Nataschas Söhnchen. Er ist gesund, satt, federnd... Er brüllt meist mit glockenreiner Altstimme. Er strampelt mit Beinchen und Aermchen, vor Zorn steigt ihm das Blut ins Gesicht, das eine wütende Grimasse verzerrt.

Die Augen aber bleiben trocken, gierig verfolgen seine Blicke die Menschen, die Gitter der Betten, die Sonnenstrahlen, die eigenen kleinen Fäustchen. Das flaumige Köpfchen bewegt sich wie ein Mühlrad, das straffe Bäuchlein bläht sich auf wie eine Blase, und das Nabelknöpfchen zittert und atmet unbesiegbaren Trotz. Auch die anderen Säuglinge beginnen zu quetschen und zu brüllen, und ihre Beinchen und Aermchen fliegen ebenso umher. Ihre zahnlosen rosa Kiefer, die kleinen Hufeisen gleichen, nagen voller Wut die Luft. Hunger und Habgier spritzen förmlich aus ihren rundlichen, appetitlichen, nach Milch duftenden Körperchen, sie zappeln unter einem festen, gesunden, fordernden Willen zum Leben. Ich beobachte diese animalische Revolte oft, und dabei beginnt auch in meinem Innern ein unverständliches stummes Zucken aller Nerven. Ich bin erfüllt von Staunen über diese heißen, mit Blut durchdrungenen kleinen Geschöpfe, diese revoltierenden Menschenknospen, die sich schon hineingesaugt haben in die Sonne, in die Luft, in die Mütter, und es wird mir plötzlich klar, daß ihre zahllose Stummheit, ihre Augen, die Blumen ähneln und mit weißem, schimmerndem Perlenstaub bedeckt zu sein scheinen, ihre zupackenden, sich fest anklammernden Finger, daß dies alles die erschütternde Tiefe jenes Lebensatoms ist, der für uns schon verborgen und in den unsichtbaren Abgründen des Innern versunken ist. Die Erinnerung an ihn in den Augenblicken des Schlafes oder seltsamer Zustände der Ohnmacht ist immer ebenso unheimlich und undurchdringlich wie eine Vorahnung, wie ein Sichversenken in das nächtliche Dunkel. Deshalb sind die Kleinen auch stumm, deshalb scheinen sie auch mit Fühlern bedeckt zu sein, denn sie haben noch ein ganzes Meer von Prüfungen, Stürmen, Wasserwirbeln und Katastrophen zu durchqueren, um die Welt zu erobern. Ich bin durch diese kleinen Geschöpfe reifer, tiefer geworden.

(Fortsetzung folgt.)

Der Nationalismus, der ADGB und sein Vorsitzender

Nationalismus ist gegenwärtig Trumpf, und wo alles in Nationalismus mündet, darf der Führer des ADGB nicht fehlen. Also hat auch Leipart wieder einmal in die Saiten gegriffen und in dieser Zeit des Lohnabbaus und der ersten aufblühenden Streikaktionen gegen die kapitalistische Diktatur zum Abschluss eines Kurses in der ADGB-Schule in Bernau eine Rede gehalten über: „Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften“. Aus dem Vortrage von Allgemeinheiten und leeren Redensarten greifen wir nun einige Zitate heraus (zitiert nach der Wiedergabe der Rede in der „Gewerkschaft“, dem Organ des Gesamtverbandes). Diese Zitate zeigen mit aller Deutlichkeit die Geistesrichtung, die heute in der Führung der Gewerkschaften vorherrscht ist. Da wird die traurige Rolle der Gewerkschaften während des Krieges noch gelobt und gepriesen und zugleich gezeigt, daß man aus den alten Fehlern nichts gelernt hat.

„Keine soziale Schicht“, sagt Leipart, „kann sich der nationalen Entwicklung entziehen. Auch wir haben es nicht getan, als wir im Weltkrieg bis zu dem trügerischen Zusammenbruch für unser Vaterland gekämpft haben, als wir 1918 die ganze Last des zusammengebrochenen Reiches auf uns genommen haben und seitdem eine Aufbauarbeit leisteten, die in der Geschichte einmal eine ganz andere Bewertung erfahren wird, als es in dieser Zeit der politischen Verwirrung geschah. Wir haben für unser Volk Opfer gebracht. Wir taten es im Kriege. Dafür legen so manche mannhaften Worte von Karl Legien das beste Zeugnis ab. Wir taten es im Kampf gegen den Separatismus im Westen und in der Zeit des passiven Widerstandes im Ruhrkampf. Unsere Arbeit ist Dienst am Volke. Sie kennt den soldatischen Geist der Einordnung und der Hingabe für das Ganze. Wir sind Antimilitaristen und bekennen es ganz unzweideutig. Wir wehren uns aber dagegen, als Pazifisten zu gelten, die kein Gefühl für unsere Ehre und für die Interessen unseres Volkes hätten. Wir führen unseren sozialen Kampf im Interesse der Nation.“

Das genügt noch nicht, auch die Internationale bekommt einen Schlag ins Gesicht. Sie wird beiseite geschoben und die internationale Solidarität der Arbeiter, die Solidarität der revolutionären Tat und der klassenmäßigen Verbundenheit der Arbeiter aller Länder wird ersetzt durch eine leere Phrase wenn es heißt:

„Die führenden Kräfte unserer Gewerkschaftsbewegung waren national eingestellt, sie sahen darüber hinaus aber auch den weiten, weltumspannenden Gedanken der Menschheit. Im Gebiete des Geistigen

und Schöpferischen gibt es keine Ausländer, erkennen wir auch keine Rassenbeschränkungen an. Jeder der unser Leben auf den Gebieten von Kunst und Wissenschaft bereichert, soll auf deutschem Boden eine Heimat haben.“

Das hier Gesagte ist eine völlige Erledigung der Internationale. Wo bleibt da die Internationale der Unterdrückten und Ausgebeuteten? Denn die französischen und polnischen Arbeiter gehören bestimmt noch nicht zu den „schöpferischen und geistigen Kräften“ ihrer Nationen. Und wie steht es mit den indischen und chinesischen Kulis, Herr Leipart? Diese bleiben also „Ausländer“, mit denen sie nichts zu tun haben wollen, denn diese haben unser Leben auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft ja noch nicht bereichert. Vorläufig verenden sie noch im Dreck und unter den Polizeiknüppeln Mac Donaldis. Letzterer steht der Internationale des „Geistigen und Schöpferischen“ auch bestimmt näher als diese indischen Kulis oder selbst die englischen Arbeitslosen.

Auch um das Wohlwollen der Kirche ist der Vorsitzende des ADGB bemüht. Nach einigen Mahnungen an die Kirche doch auch im Interesse des religiösen Empfindens der Mitglieder der Gewerkschaften „toleranter zu sein“, heißt es sogar:

„Sie (die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und die Befreiung der Lebensfreude) hält uns andererseits nicht ab, ehrfurchtsvoll vor den Toren des Ewigen zu stehen, die unserer menschlichen Erkenntnis verschlossen sind, und die Mächte zu schätzen, die sich um diese letzte große Lösung von endlichem Dasein und unendlichem Weltgeschehen bemühen.“

Die „Mächte“ die hier „geschützt“ werden sollen, das sind die der finsternen Reaktion die sich, wie jetzt die Papen, Gnyl usw., mit einem religiösen Nebel umgeben, damit sie das Volk umso besser täuschen und irreführen können. Sehr interessant, wenn da Leipart „vor den Toren des Ewigen“ steht. Aber ist es nicht ein Hohn, daß dieser Mann Führer der freien Gewerkschaftsbewegung sein kann, derselben Bewegung, die groß geworden ist durch jahrzehntelangen revolutionären Kampf gerade gegen diese finsternen Mächte. Schärfer Kampf in den Gewerkschaften gegen diese unfähige, nationalistische Führung ist Aufgabe, soll die Aufgabe eines jeden Arbeiters sein, der auch nur einen Funken Klassenbewußtsein besitzt.

Für den Arbeiter gibt es im Kapitalismus kein Vaterland und für ihn gilt nach wie vor das Wort von Marx und Engels, daß Religion Opium für das Volk ist.

Stillegung bringt Profit

Dortmund, 20. November.

D. d. In Heessen, bei Hamm, soll die einzigartig durchnationalisierte und deshalb mit höchster Rentabilität produzierende Zeche Sachsen stillgelegt werden. Der bisherige Besitzer, Otto Wolff, hat aus privatem Geldmangel die Zeche an den Haniel-Konzern verkauft, wodurch der Konzern die Syndikats-Quote von 1,2 Millionen Tonnen erworben hat, was für ihn eine ungeheure Gewinnsteigerung bedeutet. Bei dem Kauf ist zur Bedingung gemacht worden, daß der bisherige Besitzer Stillegungsantrag stellen soll.

Aus rein privaten Machenschaften soll also eine Zeche stillgelegt werden, die bis auf den heutigen Tag durchaus rentabel gearbeitet hat, ein Irrsinn in der höchsten Potenz, der wieder einmal die verbrecherische „Wirtschaftsführung“ kapitalistischer Industriekapitäne mit größtem Licht beleuchtet. Die Stillegung hatte zur Folge, daß mit einem Schlage die heute noch

1550 Mann starke Belegschaft auf die Straße gesetzt wird,

und damit die 9000 zählende Gemeinde Heessen und die Nachbarorte Werries und Ostwonne, aus denen sich die Belegschaft rekrutiert, dem völligen Ruin ausgeliefert werden. In einer am vergangenen Sonntag stattgefundenen Belegschaftsversammlung nahmen

Berlin

Sozialistischer Studentenverband.

Mitgliederversammlung.

Tagessordnung: 1. Referat: „Die ökonomischen und politischen Perspektiven der deutschen Entwicklung.“ 2. Diskussion. 3. Organisatorisches. — Ort: Ziegelstr. 36; Zeit: Donnerstag, 24. November, 20 Uhr.

die resillos erschienenen Arbeiter und Angestellten Stellung dazu. Sie beschlossen eine Abordnung ins Ministerium zu entsenden, um die geplante Stillegung zu verhindern. Ebenfalls haben sich der Regierungspräsident von Münster und der Landrat von Beckum mit Einsprüchen an die Regierung gewandt. Die Entscheidung der Regierung steht noch aus.

Man wird Verhandlungen machen, die nach „sorgfältiger Erwägung aller Gründe“ — die Stillegung sanktionieren werden. Es ist ja längst nicht das erste Mal, daß durch ausproduktionsfähige Unternehmungen der Stillegung verfallen, weil es den Spekulationen der Unternehmer entspricht. Die Arbeiterschaft muß ganz andere Mittel — so wie sie im SAP-Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgezeigt sind — anwenden, um die Stillegungen zu verhindern.

Weitere Stillegungen

Im gleichen Bezirk in Beckum sind die Zementwerke „Phönix“: Mersmann, Bomke und Bleckmann stillgelegt worden, nachdem durch die Einführung von neuen Baggern erst zahlreiche Arbeiter zur Entlassung gekommen sind und heute die Silos gefüllt sind. Ebenfalls werden die Zementwerke „Nord“ und „Anneliese“ in Ennigerloh in den nächsten Tagen geschlossen. Das bewirkt weiter die Stillegung der benachbarten Kalkwerke.

Die Arbeitslosigkeit im Ausland

Obwohl uns klar ist, daß Deutschland z. Zt. das dünnste Glied in der Kette des Weltkapitalismus ist, ist es trotzdem erforderlich, sich auch über die objektiven Bedingungen der Revolution im Ausland ein möglichst klares Bild zu verschaffen. Eine wichtige Unterlage hierfür bietet der Umfang der Arbeitslosigkeit im Ausland.

Das letzte Heft von „Wirtschaft und Statistik“ bringt interessante Aufschlüsse darüber. Zunächst wird festgestellt, daß trotz schwacher, fast ausschließlich saisonmäßig bedingter Entlastung des Arbeitsmarktes in der Gesamtentwicklung eine fortschreitende konjunkturelle Verschlechterung festgestellt werden muß. Im ganzen hat die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahre erheblich zugenommen. Die Gesamtzahl der Weltarbeitslosigkeit dürfte sich, soweit sie überhaupt statistisch erfassbar ist, auf rund 30 Millionen belaufen.

In Großbritannien z. B. stieg die Arbeitslosigkeit der Versicherten in der Zeit von März bis Ende August d. Js. um rund 286 000 auf 2,94 Millionen d. i. 23,1 v. H. der Versicherten; sie hat damit den bisherigen Höchststand erreicht. Die besonders betroffenen Industriezweige waren der Bergbau und die Textilindustrie.

Am übersichtlichsten wird die Entwicklung durch folgende Gegenüberstellung des Monats August 1931 und 1932:

	August 1931	August 1932
Frankreich	37 673	264 253
Italien	693 273	945 972
Niederlande	115 392	262 839
Schweiz	18 506	47 064
Tschechoslowakai	215 040	459 406

Wir haben also überall eine stark ansteigende Linie der Weltarbeitslosigkeit im letzten Jahre.

Neue Reichshilfe für die Schwerindustrie

Petroleum-Ausbeute im Irak

Leider ist uns in unserer Sonntagausgabe auf der Gewerkschafts- und Wirtschaftsseite ein böses technisches Versehen passiert. Im Teil des von dem jetzt nochmals wiedergegebenen Artikels unter der obigen Überschrift ist nämlich unvermittelt an den Artikel „Erfolgreicher Tabakarbeiterstreik“ geraten. Wir stellen das richtig und drucken, wie gesagt, den Artikel jetzt vollständig ab.

Gerade die größten deutschen Konzerne schreien heute nach Reichshilfe. Auf der einen Seite betonen und fördern sie staatliche Unabhängigkeit der Privatwirtschaft. Auf der anderen Seite erklären sie, ohne Staats-Subventionen und Steuer-Erlasse, für die die breiten, nicht-besitzenden Massen dann erhalten müssen, könne die Wirtschaft nicht wieder in Gang gebracht werden. So wurde jetzt der Öffentlichkeit — aber nur auf Grund von Enthüllungen der Zeitung „Berlin am Morgen“ — bekannt, daß das Reich schon wieder einen Teil der rheinischen Schwerindustriellen, darunter der Stahltrust Firma Otto Wolff, und ferner den Mannesmann-Röhrenwerken und der Gutehoffnungshütte, Dienste erwiesen hat, die dem Reichshaushalt und der deutschen werktätigen Bevölkerung schwer zu stehen kommen können.

Diese Firmen werden jetzt als gemeinsame Gruppe von der British Oil Development (Brit. Oelausbeutungs-Gesellschaft) mit an der von dieser in Angriff genommenen neuen Erdölausbeutung im Irak beteiligt, und zwar soll diese Gruppe vor allem Rohrleitungen liefern. Sie hat einen Auftrag für 38 Millionen RM. erhalten. Das ist an sich zwar gar nichts besonderes. Im Rahmen des kapitalistischen Systems sind solche Privatabschlüsse ganz selbstverständlich

und notwendig. Aber nun hat das Reich eine 50prozentige Garantie für eventuelle Verluste übernommen.

An Petroleum herrscht heute, wie an fast allen Waren, „Überproduktion.“ Die Erdölunternehmen der verschiedenen Staaten haben, da die Aussichten für die Erdölverwendung in der Nachkriegszeit immer aussichtsreicher wurde, ungeheure Kapitalien in diesem Industriezweig investiert und in allen Teilen der Erde, die hierfür in Frage kommen, riesige Mengen zutage gefördert. Die Weltproduktion stieg von 53,4 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 206 Millionen Tonnen im Jahre 1929 (Höhepunkt). Die Erdölzufuhr allein Europas stieg. Die Erdölproduzenten sind, in diesen Jahren von 7 auf 26,3 Millionen Tonnen. Im Jahre 1930 und noch mehr 1931 und 1932 wurde aber auch die Erdölindustrie immer schwerer von der Krise betroffen. Die Beteiligung der deutschen Firmen mit Unterstützung des Reichs an der neuen englischen Irak-Ausbeutung ist daher in erster Linie ein imperialistischer Vorstoß. Geschäftlich aber auf jeden Fall ein großes Risiko. Infolge dieser Unsicherheit forderten die beteiligten Firmen ja auch sicherlich die Reichsgarantie. Ja sie werden, wie das meistens in solchen Fällen geschieht, es verstehen, tatsächliche Gewinne verschwinden und das Reich für angebliche Verluste zahlen zu lassen.

Die Arbeiterschaft ersieht daraus wieder einmal, daß der Staat lediglich ein Instrument in den Händen derer ist, die durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die wirtschaftliche Macht besitzen, und daß der Staat, der für die Ärmsten der Armen und allgemein für die werktätigen Massen kein Geld hat, dem Großkapital noch immer Millionen-Geschenke machen kann.

Sachsen in der Krise

Anlässlich des Papen-Besuches in Dresden überreichte der Ministerpräsident Schieck Papen eine Denkschrift mit dem Titel: „Sachsen und seine besondere Lage im Reiche.“ Diese Denkschrift enthält aufschlußreiches amtliches Material über die Wirkungen der Krise in dem industriereichsten Land Deutschlands.

Sachsen umfaßt nur 3,2 v. H. des Reichsgebietes, aber 8 v. H. der Reichsbevölkerung und 12 v. H. der Industriearbeiter des Reiches. Aus diesem Prozentverhältnis ist zugleich die Bevölkerungsdichte ersichtlich. Hinzu kommt, daß die sächsische Industrie in der Hauptsache hochqualifizierte Fertigerwaren produziert und sie infolgedessen am empfindlichsten in Exportfragen reagiert. Diese Tatsache hat bei der weltwirtschaftlichen Verflechtung der Industrieausfuhr eine besonders starke Auswirkung der Arbeitslosigkeit zur Folge.

In Sachsen leben zur Zeit über zwei Fünftel der Einwohner von öffentlichen Unterstützungen.

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen ist besonders hoch; sie betrug 167

v. H. des Reichsdurchschnittes und 365 v. H. der Zahlen in Südwestdeutschland. Die öffentlichen Finanzen sind in starkem Maße angespannt. Die Regierung mußte dazu übergehen, 30 v. H. der in den Staatshaushaltplan eingesetzten Ansätze vorerst zurückzuhalten und sie ist ferner z. Zt. dabei, das öffentliche Personal um 10% zu vermindern.

Die Gesamtschulden des Staates sind von 202 Millionen Ende 1928 auf rund 295 Millionen Ende Oktober d. Js. angewachsen. Die sächsischen Gemeinden sind am härtesten infolge der hohen Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen getroffen. So sind z. B. die sächsischen Gemeinden und Bezirksverbände mit einem Gesamtfehlbetrag von 135 Millionen Reichsmark in das Rechnungsjahr 1932 eingetreten. Die Belastung durch die Wohlfahrtserwerbslosensfürsorge stieg von 51,1 Millionen Reichsmark 1930 auf 151 Millionen 1932. Pro Kopf der Bevölkerung beträgt die Verschuldung 246,21 RM. (Stand vom März 1932). Gegenüber Preußen mit 196,53 und Bayern mit 126,78 bedeutet das

die stärkste Verschuldung unter den größeren deutschen Ländern.

Auch die kurzfristige Verschuldung ist in beängstigender Weise gestiegen. Sie betrug im August 1931 bereits 172 Millionen RM. bei einem Gesamtbetrag im Staatshaushalt von rund 350 Millionen RM.

Diese finanziellen Auswirkungen haben dazu geführt, daß in einem nicht unerheblichen Teil der Gemeinden

die Auszahlung der Beamtgehälter bis zu 6 Monaten im Rückstand geblieben ist.

Im Bezirksverband Zwickau z. B. ist diese Tatsache in 61 v. H. aller Bezirksgemeinden zu verzeichnen!

Aus den hier nur kurz skizzierten Angaben der Denkschrift leitet die sächsische Regierung bestimmte Sonderforderungen an das Reich ab. Da aber nun auch im Reichsmaßstabe dieselbe Zerrüttung der öffentlichen Finanzen vorhanden ist — das beweist das soeben vom Reichsfinanzminister festgestellte Milliardendefizit — werden auch die überzeugendsten Darlegungen nicht vermögen, Sachsen Hilfe zu bringen.

Für die Arbeiterklasse sind aber diese amtlichen Feststellungen insofern wichtig, als sie in vollem Umfange die Richtigkeit der marxistischen Analyse bestätigen. Es gibt eben nur einen Weg aus der sich immer mehr steigenden Verelendung, und das ist die systematische Vorbereitung der geschlossenen außerparlamentarischen Aktion des bewußtesten Teiles der Arbeiterklasse.

Verbrechen aufgeklärt

Die Mutter als Täterin verhaftet

Berlin, 20. November.

Das Verbrechen an der sechs Jahre alten Rosemarie Pokorra-Boddin, die am 11. Nov. besinnungslos auf den Gleisen der Stettiner Bahn unterhalb der Grenzbrücke aufgefunden wurde, ist in überraschender Weise aufgeklärt worden. Täterin ist die Mutter des Kindes, Martha Boddin, eine 25 jährige Frau, die in der Sonnabendnacht ein umfassendes Geständnis ablegte. Sie wollte das Kind beiseitigen, um in den Besitz einer Versicherungssumme von 4000 RM. zu gelangen, die beim Tode des Kindes an dessen Eltern fallen sollte. Sie hat das Kind an dem kritischen Abend an dem übermannshohen Brückengeländer hinaufgehoben, angeblich, um es hinüberschauen zu lassen, es dann bei den Fußsohlen gepackt und auf den Bahnkörper geworfen. Der Ehemann Boddin ist unter dem Verdacht, von dem Vorhaben seiner Frau Kenntnis gehabt zu haben, gleichfalls festgenommen worden.

Werbt Abonnenten!

Verantwortlich: Paul Hennack, Breslau; Inseratu Herbert Scholz, Breslau, Verlag Max Rausch, Breslau. Lohndruck Th. Schatzky AG., Breslau. Neue Graupenstraße 7. Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3. I Trepp. Telefon 206 02. Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau. Konto Nr. 102 92. Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,50 Porto monatlich. Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes. Expedition: Breslau Kleine Holzstraße 3. I Trepp. Telefon 206 02